Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4, in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Sechsundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 112.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1⅓ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Freitag, 7. März

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, dreigespaltene Reklamen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873.

Provisorium.

Als sich die Abgeordneten des französischen Volks im Februar 1871 in Bordeaux zusammen fanden, schwärmten die Legitimisten für ihren gottgesalbten König, die Orleanisten pochten auf die konstitutionelle Monarchie mit den Prinzipien von 1789, das Zentrum hatte eine Republik ohne Republikaner fertig, und die Linke arbeitete an der sozialistischen Glückseligkeit und an der Diktatur von unten. Darauf machten sie mit einander eine Reihe von schlechten Gesetzen, wobei ihnen Thiers und seine Meister treulich halfen. Es fehlte nicht an Drohungen und Gefahren. Der kommunistische Brand mußte gelöscht und fünf- oder sechsmal sollte die definitive Republik gegründet oder der „Angestammte" restaurirt werden; allein immer wieder beruhigte sich das stürmische Meer. Der Pakt von Bordeaux setzte eine blos provisorische Republik ein, die Botschaft vom November des vorigen Jahres zielte darauf ab, der Nationalversammlung die Entscheidung über die endgiltige Regierungsform in die Hand zu spielen, Thiers erfand dann die konservative Republik und zieht sich jetzt wieder auf den Pakt von Bordeaux d. h. auf das Provisorium zurück, um mit Hilfe einer neuen Legislative von zwei Kammern die Arbeit von Neuem zu beginnen. Es ist merkwürdig, wie stark die Franzosen im Hinhalten und Hintertreiben sind. Indem sie negiren und fingiren und von Illusionen leben, balanziren sie wie der Seiltänzer, ohne den Hals zu brechen. So schwankt also das Schaukelbrett, diese politique de bascule seit zwei Jahren, und Thiers hält sie im Gleichgewicht.

Der Präsident hat nun urbi et orbi gesprochen und das Meisterstück seines Siegelbewahrers vollendet. Den Einen sagt er: „neue gegenwärtigen Zustände sind gesichert"; den Andern: „ihr habt die Freiheit, welche die Zukunft bringt". „Es muß etwas geschehen, um das Provisorium zu konsolidiren" — das hört die Linke gern! „Aber", so wendet er sich zur Rechten, „jedenfalls muß die Republik konservativ sein und es handelt sich nicht darum, die definitive Republik zu gründen". „Ich werde die Republik als verantrautes Pfand treu bewahren", so streichelt er die eigensinnigen Republikaner; „aber" — diesen Trost ruft er fast mit demselben Athem den betroffenen Monarchisten zu — „ihr sollt nicht etwa die gegenwärtige Regierungsform zu einer definitiven machen, ihr sollt vielmehr nicht aus einander gehen, ohne der Ordnung einen Stützpunkt zu finden." „Die Monarchie ist augenblicklich unmöglich" — — „Es ist nicht rathsam, die Republik zu proklamiren" — —. Allen aber ruft er zu: „ich erhalte das Gleichgewicht der Parteien, seid tolerant wie ich; befreit den vaterländischen Boden und vertheidigt den Zustand der Ordnung und Ruhe."

So spielt und deutelt der Wortvirtuos mit einer absoluten Grundsatzlosigkeit. Ein politischer Voltairianer windet und wendet er sich blos nach dem Vortheil des Augenblicks und zerstört jedes Prinzip und alle öffentliche Treue. Von einem Standpunkt zum andern überspringend, impft er dem Volk eine systematische Gesinnungslosigkeit ein und erzieht es zur Heuchelei oder zur Gleichgültigkeit. Indem er allen Parteien schmeichelt, erbittert er sie alle, und indem er sie hinhält und niederhält, stachelt er ihre Leidenschaften noch mehr an. Allerdings wird die Monarchie bei diesem Schaukelsystem wenig gewinnen und die Republik nicht viel verlieren; aber die Ruhe des Landes wird je länger, desto mehr bedroht, der Wahlkampf wird heftiger entbrennen und der Einfluß der gemäßigten Parteien schwieriger und geringer werden. Besten Falls wird man eine Republik mit Royalisten haben, wie man jetzt eine ohne Republikaner hat. Doch liegt es näher, an das Verhalten des Wahlkörpers zu denken, wenn ihm einst die ganze Sorge der unvermeidlichen Lösung zufällt. Steht nicht zu befürchten, daß der Kampf aus der Nationalversammlung auf die Straße verlegt wird?

Es ist wahr, ein augenblicklicher Erfolg fehlt dem Präsidenten nicht. Der kleine Mann mit dem weißen Haar, dem blutlosen Wachsgesicht und der leisen, fast klagenden Stimme feiert noch immer Triumphe. Während die Ultras extremen Legitimisten ihn anfielen und die Radikalen über Verrath schrieen, hat sich eine Zahl von 475 St. um ihn geschaart, eine Majorität, wie sie bessern Männern und mancher bessern Sache nicht zu Theil geworden ist. Das ganze Gros der Mittelparteien gehört dazu, ferner die Mehrzahl der Rechten, die Bonapartisten und wenige von der gemäßigten Linken; die Minorität von 199 Stimmen besteht aus den beiderseitigen Ultras und dem größeren Theil der gemäßigten Republikaner, worunter Alb. Grevy, Jules Favre u. a. Ja, die letzten Telegramme melden noch größere Erfolge, und selbst die Radikalen ergeben sich dem Provisorium. Aber sie alle zusammen werden nun gezwungen sein, den lächerlichen Marsch unter der Fahne des Provisoriums ins Blaue hinein fortzusetzen. Jeden Augenblick bereit, einander in die Haare zu fahren und den politischen Garaus zu machen, werden sie wiederum ohne Aufhören Toleranz und Gleichgewicht, Frieden und Ordnung predigen und das Provisorium als das untrügliche Evangelium preisen. Vor drei Jahrhunderten schon sangen die Deutschen:

„Das Interim, das Interim!
Es hat den Teufel hinter ihm."

Aber die Franzosen hängen den bunten Lappen des Provisoriums wie eine stolze Fahne aus und täuschten sich und das Land. Irgend wer wurde und wird und soll betrogen werden, aber noch weiß niemand, wer schließlich der Geprellte ist. So ruft man denn im Chor: „Provisorium!" man marschirt mit Vertrauen „vers l'inconnu", und jedermann behält sich das Seine vor.

Um den Werth und die Bedeutung der französischen Redensart zu beurtheilen, fügen wir dem „Provisorium" noch eine kleine Blumenlese der letzten Ernte hinzu. Die Bonapartisten: „Plebiszit! Plebiszit!" Die Chambordisten: „Wir stellen uns unter den Schutz Gottes, um unsere souveräne Mission — fortzusetzen." Herzog von Broglie: „Wir müssen unter Vorbehalt des Provisoriums die provisorische Republik als ein provisorisches Werk provisorisch organisiren." Derselbe Herzog erklärte vor nicht langer Zeit: „Monarchist bin ich gekommen, Monarchist bleibe ich." War es nicht Ducrot, „welcher todt oder siegreich" nach Paris zurückkehren wollte? Und rühmte General Trochu nicht: „der Gouverneur von Paris kapitulirt nicht?" Ebenso jubeln jetzt die Linken: „wir haben die vertagte, wir haben die baldige Republik." Und die Rechten stolziren: „die Botschaft war die aufgelöste, das Votum ist die hergestellte Majorität."

Selig sind die Wortthelden! —h.

α — β. Die „Grenzboten" haben vor Kurzem einen sehr interessanten und korrekten Artikel gebracht: „Was Europa durch die deutschen Siege gewonnen hat." Gegen diesen hat die „Petersburger Börsen Zeitung" 2 Artikel unter derselben Ueberschrift veröffentlicht, welche von gänzlicher Unkenntniß der deutschen Verhältnisse oder von großer Böswilligkeit zeugen. Das genannte Blatt hat sich freilich stets als antideutsch gezeigt. Es sagt in den angeführten Artikeln: „Ganz Europa sei durch Deutschland bedroht worden." Durch diese Behauptung wird aber die Wahrheit auf den Kopf gestellt, da es thatsächlich Frankreich war, von welchem diese Bedrohung Europas ausging. Wenn ferner speziell angeführt wird, daß Belgien und Holland durch Deutschlands Machtstellung gefährdet seien, so heißt das auch wieder die Wahrheit auf den Kopf stellen. Thatsächlich hat Frankreich stets Gelüste auf Belgien an den Tag gelegt und dann, um die Aufmerksamkeit von sich abzuleiten, Preußen Gelüste auf Holland untergeschoben. Dahin richteten sich auch einst die Worte Rouhers im Corps legislatif. Jedesmal, sobald Frankreich gegen Belgien intriguirte hat es stets auf Absichten Preußens gegen Holland hingedeutet. Endlich wird auch durch die dritte Behauptung der „Petersburger Börsen Zeitung", daß durch die gegenwärtige Machtstellung Deutschlands ganz Europa gezwungen werde, fortwährend unter den Waffen zu stehen — die Wahrheit wiederum auf den Kopf gestellt. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß es Frankreich war, so lange es auf der Höhe seiner Macht stand, welches Europa nöthigte, sich fortwährend in der Waffenrüstung zu befinden.

Tagesübersicht.

Posen, 7. März.

Die „Nordd, Allg. Ztg." wendet sich heut mit ernsten Worten an das Herrenhaus. Sie (oder vielleicht auch der Kultusminister) schreibt:

Das Herrenhaus tritt am 10. d. M. zu wichtigen Berathungen zusammen, zu den wichtigsten, welche in der gegenwärtigen Session überhaupt stattzufinden haben. Die Verfassungsänderungen, welche von der Staatsregierung in Uebereinstimmung mit dem Abgeordnetenhause als die Voraussetzung und Grundlage der weiteren Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche angesehen werden, und welche im Abgeordnetenhause nach wiederholten bedeutsamen Erörterungen mit einer Mehrheit von weit über zwei Drittheil der Stimmen beschlossen worden sind, sollen nunmehr unverweilt die Sanktion des Herrenhauses erhalten, auf daß die Möglichkeit des Gelingens der wichtigen einzelnen Gesetze in der gegenwärtigen Session gesichert werde.

Welche entscheidende Bedeutung die Staatsregierung, und zwar in ihrer Gesammtheit, diesem Theil der parlamentarischen Aufgaben beilegt, das hat der Kultusminister Dr. Falk bei der letzten Berathung im Abgeordnetenhause erneut mit folgenden Worten ausgesprochen:

Die Staatsregierung legt das höchste Gewicht darauf, daß ihr im Laufe dieser Session auf die Frage, die sie in Form der Vorlagen der kirchenpolitischen Gesetze an den Landtag der Monarchie gestellt hat, eine volle und abgeschlossene Antwort werde. Sie ist sich dabei völlig bewußt, daß sie an die Mitglieder beider Häuser des Landtages an die Ausdauer, Opferwilligkeit, an den Patriotismus derselben sehr große Anforderungen stellt; aber dieses Bewußtseins unerachtet stellt sie die Anforderung, weil sie durchdrungen ist von der Ueberzeugung, daß so wichtige, so schwerwiegende Fragen, wenn sie einmal in Angriff genommen worden sind, auch ohne Unterbrechung zum Austrag kommen müssen!

Die Staatsregierung hält sich nach mehrfachen Anzeichen gewiß mit Recht überzeugt, daß die Auffassungen, von welchen sie bei den kirchlichen Vorlagen, zur Wahrung der höchsten Staatsinteressen und zugleich unter gewissenhafter Achtung der erhabenen Aufgaben der Kirche ausgegangen ist, von der Mehrheit des Herrenhauses in seiner jetzigen Zusammensetzung getheilt werden, und sie erwartet zuversichtlich, daß die Vorlagen, über welche alsbald die Berathung im Hause selbst stattfinden soll, die verfassungsmäßige Genehmigung des Hauses finden werden. Dabei wird jedoch selbstverständlich vorausgesetzt, daß diejenigen Mitglieder des Hauses, welche die Regierung auf dem betretenen Wege zu unterstützen Willens sind, sich zu den bevorstehenden Berathungen rechtzeitig und in voller Zahl einfinden. Die entscheidenden Beschlüsse werden voraussichtlich bald in den ersten Sitzungen gefaßt; es ist daher unerläßlich, daß die Regierung von vornherein auf die Anwesenheit der Anhänger ihrer Politik zählen könne.

Die „Berl. Aut. Korrespondenz" erörtert bereits die Frage, was geschehen soll, wenn das Herrenhaus die Verfassungsänderung ablehnt. Das nationalliberale Organ schreibt:

Es scheint uns keinem Zweifel zu unterliegen, daß in diesem Falle das Abgeordnetenhaus die Berathung der Kirchengesetze sofort abzubrechen hat. Nachdem das Abgeordnetenhaus durch seine wiederholten Beschlüsse über die Verfassungsänderung ausgesprochen hat, daß nur auf Grund einer anderweiten Fassung der Artikel 15 und 18 der Verfassungs-Urkunde die Kirchengesetze hier als Ganzes aufgefaßt, erlassen werden können, geht es nicht mehr an, diese Gesetze noch weiter zu berathen und über dieselben, soweit dies nothwendig ist, etwa noch dem für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen modus procedendi in zweimaliger Abstimmung mit einer dazwischenliegenden Frist von 21 Tagen, zu beschließen. Es würde dies eine bloße Zeitvergeudung sein, da aus einem die formale Verfassungsänderung ablehnende Beschlusse des Herrenhauses wohl mit Sicherheit darauf geschlossen werden könnte, daß dieses auch die Kirchengesetze halber nicht zu genehmigen gedenke. Eine Fortsetzung der Berathung über die Kirchengesetze im Abgeordnetenhause würde nach Ablehnung der Verfassungsänderung durch das Herrenhaus keinen Sinn haben.

In Rom soll nächsten Sonntag eine Versammlung von Koryphäen der italienischen Demokratie stattfinden und gleichzeitig melden pariser Blätter, daß in Mailand, Neapel und Sizilien republikanische Aufstände im Anzug seien. Die spanischen Ereignisse scheinen demnach ihre Schatten bereits auch nach Italien zu werfen.

Aus der nordamerikanischen Republik bringt der Telegraph die Analyse der Inauguralbotschaft, mit welcher Präsident Grant in seine zweite Präsidentschaftsepoche eingetreten ist. Derselbe bezeichnet darin die Vereinigten Staaten von Nordamerika als den Stern, der den andern Republiken voranleuchte. Er hoffe, daß die zivilisirte Welt mit der Zeit nur eine Nation mit einer Sprache bilden werde, worunter er wohl die englische verstehen wird, dann würde man keiner Armeen und Flotten mehr bedürfen. Vorerst aber hält Grant für nöthig, daß die Indianer zivilisirt — und wenn dies nicht möglich — vernichtet werden. Es scheint also in der transatlantischen Leuchtstern-Republik in Wirklichkeit nicht so glänzend auszusehen. Auch aus ihren südlichen Einzelstaaten, besonders aus Louisiana, kommen Berichte, wonach dort rein europäische Zustände herrschen, um deren Abhilfe man Grant bis jetzt vergebens gebeten hat. Zudem ist die Korruption in Newyork, Washinton 2c., die sich dort bis in die höchsten Kreise erstreckt, auch nicht gerade geeignet, den Glauben an den „Leuchtstern-Charakter" der nordamerikanischen Republik zu befestigen.

Unter dem zahlreichen Anklagematerial gegen den Handelsminister, schreibt die „Voss. Z.", welches der Untersuchungskommission zugeht, befinden sich nicht wenig Proteste gegen die Ertheilung von Eisenbahnkonzessionen, Klagen gegen die schlechte Verwaltung der Privatbahnen und vornämlich die Nachweise einer laxen Praxis gegen die flagranten Uebergriffe der Direktionen großer Bahnen. Wiederholt sind Anstrengungen gemacht worden, die mehr als guten Beziehungen zwischen dem Grafen Itzenplitz und den Direktoren der großen Bahnen auf das richtige Maaß zurückzuführen. Man hat es nur dahin gebracht, die kleinen Leute bei den Eisenbahnen als Blitzableiter der großen Schäden hingestellt zu sehen. Die nachstehende Verfügung des Grafen Itzenplitz legt dafür einen Beweis ab und verdient im gegenwärtigen Momente veröffentlicht zu werden:

Berlin, den 7. Juli 1871.

Die in der Presse vielfach die über Bestechlichkeit der Eisenbahn-Beamten und Arbeiter geführten Klagen haben mich zu näheren Recherchen veranlaßt, welche das Resultat ergeben haben, daß jene Bestechlichkeit in den Kreisen der Arbeiter und niederen Beamten in der That, wenn auch nicht in dem behaupteten Umfange, besteht. Ich nehme hieraus Veranlassung zur Anweisung der königlichen Direktion, diesem Uebelstande durch die strengste Ueberwachung entgegenzutreten und jeder Annahme von Geschenken oder sonstigen Vortheilen mit größter Strenge, geeignetenfalls im gerichtlichen Verfahren, zu verfolgen. Haben sich auf Probe oder Kündigung angenommene Beamte oder Arbeiter nach der moralischen Ueberzeugung der königlichen Direktion eines solchen Vergehens schuldig gemacht, so ist gegen dieselben ohne Nachsicht mit Kündigung des Dienstes vorzugehen. Ich spreche zugleich die Erwartung aus, daß behufs Wahrung des amtlichen Ansehens und guten Rufs der Eisenbahnverwaltung jeder ehrenhafte Beamte und Arbeiter es für seine moralische Pflicht erachten wird, alle ihm bekannt gewordenen Zuwiderhandlungen gegen das Verbot der Geschenkannahme unverzüglich seiner vorgesetzten Behörde zur Anzeige zu bringen. Dieser Erlaß ist den der königlichen Direktion unterstellten Beamten und den im Güter-Expeditionsdienste beschäftigten Arbeitern bekannt zu machen. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

In Bezug auf den vielbesprochenen Toast des Handelsministers in Görlitz erhält die „Spen. Ztg." folgende Notiz, deren Zuverlässigkeit sie verbürgen kann.

Auf dem in Görlitz gegebenen Feste hatte der Oberbürgermeister einen Toast auf den Minister Grafen Itzenplitz ausgebracht. Dieser erwiederte: es sei ein wichtiges Unternehmen zum Abschluß gebracht, das viel Arbeitskraft und Intelligenz erfordert habe, das Hauptverdienst gebühre aber der Stadt Görlitz wegen ihrer kräftigen Mitwirkung. Der eigentliche Toast galt der mühsamen Arbeit und, wenn auch nicht ausdrücklich, der Stadt Görlitz. Unmittelbar nach diesem Toast verließ Dr. Strousberg den Saal und es war die, allerdings unverbürgte, Ansicht verbreitet, daß er einen Toast auf seine Person erwartet habe.

Deutschland.

△ **Berlin,** 6. März. In den Angaben der Zeitungen über die Besetzung der Unterstaatssekretär-Stelle im Handelsministerium wird auch der Geheime Rath Bitter — mit welcher Bezeichnung offenbar der Wirkliche Geheime Ober-Finanzrath und Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern gemeint sein soll — erwähnt, während von anderer Seite dieser Beamte als Nachfolger des Seehandlungs-Präsidenten Günther genannt wird, falls Letzterer zum Oberpräsidenten von Posen ernannt würde. Dem Vernehmen nach hat das letztere Gerücht mehr Glaubwürdigkeit als das erstere. — Die für Berlin so wichtige Tagesfrage „Droschkenstrike" hat mit einem Siege der Polizeibehörde über die strikenden Droschtenvereine ihren Abschluß gefunden. Man kann wohl nur mit Befriedigung konstatiren, daß die Droschkenbesitzer sich entschlossen haben, den Anordnungen der Behörde Folge zu geben auch durch Wiederaufnahme des Fuhrbetriebes zu ihrer Pflicht zurückzukehren. Die Droschkenvereine haben in Betreff dieses Entschlusses eine Bekanntmachung an den Anschlagesäulen erlassen, welche indessen mit den thatsächlichen Verhältnissen nicht im Einklange steht. Es heißt nämlich in dieser Bekanntmachung, daß auf Wunsch des Kaisers das Fuhrwerk in Betrieb gesetzt werden werde. Diese

Angabe hat jedoch nur eine Unterlage in dem bekannt gewordenen Erlaß des Handelsministers, welcher eine vorläufige Entscheidung auf das Immediatgesuch der Droschkenvereine enthält, in welcher derselbe im Auftrage des Königs den Droschkenvereinen erklärt, daß ihre Beschwerde einer gründlichen Prüfung unterworfen werden solle, daß aber auch erwartet werde, daß die Droschkenvereine den Betrieb wieder aufnehmen werden. Von einem Wunsche ist also nicht die Rede, sondern nur von der Erwartung, und das Eingehen auf die Beschwerde wird gewissermaßen von der Aufnahme des Betriebes abhängig gemacht. Der König hat übrigens von Anfang an die Energie, mit welcher der Polizeipräsident gehandelt hat, im vollsten Maße gebilligt und unterstützt, weil der Monarch die Ueberzeugung hat, daß durch feste Konsequenz die Autorität der Behörde und das Interesse des Publikums am besten gewahrt werde. Noch in letzter Stunde haben die Droschkenvereine den Versuch gemacht, einige Zugeständnisse zu erlangen, der Polizei-Präsident hat dieselben aber entschieden verweigert, und es wird daher zunächst das neue Reglement in allen seinen Punkten zur Ausführung gelangen. — Die vereinigten Ausschüsse für Justiz- und Rechnungswesen haben unterm 3. März ihren Bericht über den Entwufs eines Gesetzes betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten erstattet. Die Ausschüsse haben beschlossen, dem Bundesrathe die Annahme des von der preußischen Regierung gestellten Antrages auf Abänderung der §§ 19 und 25 des vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurfs, im übrigen die Ertheilung der Zustimmung zu dem Entwurf in der ihm vom Reichstage gegebenen Fassung und der Herbeiführung der erforderlichen Schritte um eine Annahme des Gesetzentwurfs in dieser modifizirten Gestalt durch den Reichstag zu erzielen, empfohlen. — Der Ausschuß für das Justizwesen hat beantragt, den Entwurf einer deutschen Straf-Prozeß-Ordnung an eine besondere aus 10 angesehenen Juristen des deutschen Reichs bestehende Kommission zur Vorberathung zu überweisen und bringt dem Bundesrathe als Mitglieder der einzuberufenden Kommission in Vorschlag: 1) den Präsidenten Dr. Friedberg in Berlin, 2) den Geheimen Ober-Justizrath Dr. Förster in Berlin, 3) den Appellationsgerichts-Vizepräsidenten Mager in Insterburg, 4) den Professor der Rechte, Staatsrath Dr. Zachariae in Göttingen, 5) den Justizrath Wiener in Berlin, 6) den Appellationsgerichtsrath Dr. Staudinger in München, 7) den General-Staatsanwalt Dr. Schwarze in Dresden, 8) den Obertribunalsrath v. Binder in Stuttgart, 9) den Oberappellationsgerichtsrath Dr. Zentgraf in Darmstadt, 10) den Ober-Staatsanwalt Mittelstädt in Hamburg.

Σ **Berlin**, 6. März. Wer bisher etwa glauben mochte, wir näherten uns dem System der parlamentarischen Regierung, oder hätten ein mäßigliberales Ministerium, welches sich bemühe den Wünschen der Mehrheit des Abgeordnetenhauses entgegen zu kommen, der konnte sich heute bei Gelegenheit der Zeitungsstempeldebatte eine große Ernüchterung holen. Trotz der glänzendsten Finanzlage, trotz so vieler Millionen Ueberschüsse, trotz des einmüthigen Verlangens der gesammten Presse, der entschiedenen Forderung der liberalen Parteien soll der Zeitungsstempel forterhoben werden — aus allgemein finanziellen Rücksichten, wie der Minister des Innern zu behaupten keinen Anstand nahm. Es ist offenes Geheimniß, daß Camphausen im Ministerrath die Aufhebung des Zeitungsstempels befürwortete. Ob die Sache an Bismarck allein gescheitert ist, oder ob sich diesmal Eulenburg mit Bismarck gegen Camphausen verbunden hat, war noch nicht klargestellt. Es gehen überhaupt wieder wunderbare Dinge im Schooße des Ministeriums vor sich. Man verzieh heute noch eher Camphausen seine gesuchten Entschuldigungen für die Beibehaltung als Eulenburg die mehr als scherzhafte Art seiner Auslassung. Die liberalen Parteien sind für ihr **Vertrauen** auf die Initiative der Regierung, welches sie veranlaßte ihre Anträge 8 Tage lang zurückzuhalten wieder einmal schlecht belohnt worden. Voraussichtlich wird es in der offiziösen Presse jetzt wieder heißen, gerade weil die Klerikalen die Aufhebung verlangten, dürfte man nicht in dieselbe willigen. Die Freikonservativen entschuldigten sich heute schon privatim dahin, sie hätten aus Furcht vor klerikalen Wahlagitationen einstweilen gegen Aufhebung des Zeitungsstempels gestimmt. — Der heute angenommene Gesetzentwurf wird nun an das **Herrenhaus** gehen um dort begraben zu werden.

Görlitz, 6. März. Der Generalfeldmarschall v. Steinmetz ist am 5. März 1813, aus dem Kadettencorps kommend, als Sekonde-Lieutenant im 1. ostpreußischen Infanterie-Regiment in den aktiven Militärdienst eingetreten; derselbe feierte also gestern sein sechzigjähriges Dienstjubiläum. Aus der Garnison Posen ist eine Deputation des 37. Infanterie-Regiments, dessen Chef der Jubilar ist, zur Beglückwünschung des Jubilars hier eingetroffen.

Frankreich

Paris, 4. März. Die Rede des Chefs der Exekutive ist eine Ergänzung und Bestätigung der Rede Dufaures, die so viel Anstoß erregte, und doch ergab die Abstimmung über die Einleitung des Dreißiger Entwurfs, die sofort nach der Rede des Hrn. Thiers folgte, diesmal 475 gegen jene 199 Stimmen, die gegen Schluß der allgemeinen Debatte sich erhoben hatten. Auf die Annahme des ganzen Entwurfs ist daher bestimmt zu rechnen. Die großen Eventualitäten der Räumung des Gebietes und der Auflösung der Nationalversammlung, die noch im Laufe dieses Jahres in Aussicht stehen, treten jetzt in den Vordergrund. Das offizielle Journal veröffentlicht das Gesetz, wonach zur Wahl der Deputirten zur Nationalversammlung im ersten Wahlgange die absolute Majorität der abgegebenen Stimmen und eine mindestens dem vierten Theile der Eingeschriebenen gleichkommende Stimmenzahl erforderlich ist. Bei einem etwa nöthigen zweiten Wahlgange, welcher am zweiten Sonntage nach Proklamirung des Resultates des ersten Wahlganges erfolgt, ist die relative Mehrheit der Abstimmenden zur Giltigkeit hinreichend.

Das „Journal des Débats" ist mit der Budgetkommission einverstanden, wenn diese den Antrag Tolains, einen Kredit von 100,000 Frcs. für die Entsendung von Arbeitern zur wiener Weltausstellung zu eröffnen, verworfen hat. Es sagt darüber:

Wir wollen keineswegs unsere Arbeiter mit Gewalt auf unserem Boden zurückhalten und ihnen jede Berührung mit fremden Arbeitern untersagen. Ganz im Gegentheil, wir halten es für ein nationales Interesse, daß eine möglichst große Anzahl unserer Landsleute die Nachbarländer besuche und ihre Sitten, Künste und Einrichtungen studire. Es ist eine der Bedingungen des Fortschritts der französischen Industrie, sich stets über die Methoden und Verfahrungsweisen ihrer Konkurrenten auf dem Laufenden zu erhalten, und nicht blos die großen industriellen, sondern auch die Fabrikleiter, die Werkführer und die Elite unserer Arbeiterbevölkerung können an einem ernstlichen Verkehr mit dem Auslande nur gewinnen. Die internationalen Weltausstellungen sind heutzutage, was ehedem die großen Märkte und Messen waren: sie fördern den Wetteifer, sie unterhalten den Erfindungs- und Unternehmungsgeist, sie verbreiten die Entdeckungen. Die Arbeiter haben schon von Hause aus an diesen großen Schaustellungen ihren Antheil. Glaubt man etwa, daß unsere hervorragenden Industriellen, welche bedeutende Objekte nach Wien schicken, dieselben nicht von ihren intelligentesten Kommis, Werkführern und Arbeitern begleiten lassen? Eine gewisse Anzahl unserer Gewerbebeflissenen ist also schon eo ipso Zuschauer oder vielmehr Mitwirkender in diesen internationalen Wettkämpfen. Auch ohne eine direkte Unterstützung des Staates oder der Gemeinde werden unserer Mechaniker, Zeichner und die Blüthe unserer Arbeiter auf der Wiener Ausstellung vertreten sein. Werden dort nicht französische Maschinen aufzustellen und in Betrieb zu setzen, neue Arbeitsgeräthe zu erläutern, werthvolle Objekte zu bewachen und zu unterhalten sein? Wer anders wird von den französischen Kaufleuten und Industriellen mit diesem Geschäft betraut werden, als französische Werkführer und Arbeiter?

Nach dem Tolain'schen Antrage sollte die Bezeichnung der Arbeiter, die auf Staatskosten nach Wien gehen würden, durch die Gemeinderäthe erfolgen.

Versailles, 4. März. Hier die Rede des Präsidenten im Auszuge:

Meine Herren! Ich hätte mich gern der Pflicht überhoben gesehen, diese Tribune zu besteigen, nachdem der Siegelbewahrer im Namen und einstimmigen Auftrage der Regierung ihre wahren Anschauungen zum Ausdruck gebracht hatte. (Bravo! rechts.) Der Artikel 4 war für den Beitritt der Regierung entscheidend. Der ganze Entwurf giebt der konservativen Republik, unter welcher wir leben, die nöthigen Mittel zu praktischer Wirksamkeit. In der Botschaft, welche in verleumderischer Weise ausgelegt worden ist, deuteten wir bereits unsere Ideen in Bezug auf Gesetze an, die man uns auszuarbeiten auffordert. Leitend war für uns in dieser ganzen Unterhandlung das Bedürfniß eines gründlichen Einvernehmens. Was ist unserem Lande noch übrig geblieben, als diese Versammlung und Derjenige, den man — ich bin stolz auf diesen Titel — ihren Delegirten nennt. Dieser Delegirt könnte nicht regieren, wenn er sich nicht hier auf eine Majorität stützen könnte. Ich habe meine bestimmten Ideen über die Regierung und bin über das Alter der Unschlüssigkeit hinaus; aber wenn man mir nicht zumuthet, gegen meine Zusagen zu verstoßen (und das wird man mir nicht zumuthen), bin ich zu allen nur möglichen Opfern für den Ausgleich bereit. Ganz besonders gefällt mir in dem Entwurf die Bestimmung, daß Sie nicht auseinandergehen sollen, ohne dem Lande Institutionen zu geben, welche es möglich machen werden, eine regelmäßige Regierung zu gründen. Ich frage alle Personen von gutem Glauben, was sie an unserer Stelle machen würden. Viele Regierungen sind schon in unserem Lande durch Zwiespalt gestürzt worden. Die Einen glauben, daß die Monarchie, welche Frankreich geschaffen hat, auch seine natürliche, nothwendige, unausrottbare Regierung ist. Andere wieder, die nicht alle jung, aber alle aufrichtig sind, glauben fest an die Republik und erblicken in ihr, wie dies auch meine persönliche Ansicht ist, eines der wirksamsten Mittel, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Diese beiden großen Parteien zerfallen eine jede wieder in verschiedene Fraktionen: nicht alle Monarchisten wollen dieselbe Monarchie und nicht alle Republikaner wollen dieselbe Republik. Was soll angesichts dieser Parteien die Regierung thun? Wenn sie sich für eine Partei entscheidet, zeiht man sie des Verraths; wenn sie schweigt, zeiht man sie der Zweideutigkeit. Ich frage Sie ganz offen: Trauen Sie uns wohl zu, daß wir uns hinter Zweideutigkeiten flüchten könnten, nur um einige Tage länger am Ruder zu bleiben?

Lassen Sie mich Ihnen diesen Pakt von Bordeaux in seiner wahren Bedeutung charakterisiren. Als Sie die erdrückende Last der Regierung auf meine schwachen Schultern legten, war ich von dieser Aufgabe ganz erschreckt. Sie fühlten dasselbe, wie ich. Da kamen wir überein, das Heil in dem Waffenstillstand der Parteien zu suchen. Wir wollten uns auf dem Boden begegnen, der uns am wenigsten spaltete. Wir fanden eine Regierung vor: das war die Republik. Sie befand sich in den Händen der fortschreitenden republikanischen Partei. Nicht Einer von Ihnen dachte daran, die Republik abzuschaffen; aber alle begriffen, daß sie aus den Händen der Exaltirten in die Hände der Gemäßigten übergehen müßte, welche in der Ruhe und Ordnung die Wiedergeburt des Landes suchen, und so entstand die konservative Republik. Welchen Titel gaben Sie mir? Sie nannten mich nicht: Chef der vollziehenden Gewalt der französischen Republik und dann: Präsident der französischen Republik. Die Lage war schwierig: Die Städte des Südens bildeten eine gefährliche Föderation, Paris war in den Händen der Demagogie, welche bewaffnet war, wie nie zuvor und wie sie es auch nie wieder sein wird. (Sehr gut!) Daraus machten wir eine konservative Republik. Wir gründeten keine Regierung, aber wir gaben der bestehenden die Mittel zu existiren. An die Spitze stellten sie einen treuen Beamten, der nicht etwa daran arbeitete, Ihre Republik heimlich in eine Monarchie umzuwandeln. Als wir von Bordeaux nach Versailles übersiedelten, wußte ich wohl, daß es eines furchtbaren Kampfes bedürfen würde, um jene unverschämte Demagogie, welche dann die Kommune ins Leben rief, zu bewältigen. Diesen Kampf habe ich im Namen der Republik und zu ihrem Vortheile geführt. In jedem öffentlichen Akte figurirte der Name Republik. Aber ich hatte versprochen, die Frage nicht definitiv zu lösen. Ich habe Wort

Die Grenze des Romans.

Im berliner Handwerkerverein hielt kürzlich Friedrich Spielhagen vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen Vortrag über die Grenze des Romans, dem wir nach berliner Blättern die wesentlichsten Ausführungen entnehmen.

Der Roman, — begann der Vortragende, — der im eminenten Sinne eine öffentliche Angelegenheit genannt werden kann, ist für die moderne Menschheit von Bedeutung, weil keine Kunst und kein Zweig einer Kunst den geistigen Bedürfnissen derselben so Rechnung trägt, ein so bequemes und zweckdienliches Mittel der Mittheilung im niederen und höheren Sinne ist. Vor allen anderen befinden sich die Romandichter in günstiger Lage, weil kein Zweig einer Kunst die starke Konkurrenz der Wissenschaft so gut aushalten konn und kein so bequemes und ausgiebiges Mittel für die Zwecke der Menschheit bietet als die epische Kunst. Hier ist die Stelle, zu fragen, worauf diese Verwandtschaft beruht, und die Antwort lautet: sie beruht auf der Eigenthümlichkeit der epischen Poesie, deren eigenstes Wesen die Objektivirung der Menschheit ist. Ueberall da, wo die epische Phantasie waltet, handelt es sich um den Menschen in seinen Totalität, der eben nur in der Gesammtheit Aller zur Erscheinung gebracht werden kann. Während der lyrische Dichter eigentlich nur sich selbst als Stoff seiner Kunst betrachtet und der dramatische Dichter ein Tragödie mit nur wenigen Personen abspielen lassen kann, wird der epische Dichter mindestens ein Volk brauchen, wenn er seiner Aufgabe genügen will. Das epische Gedicht in seiner höchsten Vollendung ist die durch Erzählung ermittelte dichterische Darstellung der Menschheit, soweit sich dieselbe innerhalb eines Volkes in einer gegebenen Epoche manifestirt. Ein episches Gedicht im 18. Jahrhundert, schreibt Schiller in einem Briefe an seinen Freund Körner, muß ein anderes Ding sein, als eines in der Kindheit der Welt. Für den Inhalt des antiken Epos ist der Vers nicht etwa eine mögliche oder bequeme, sondern die absolut nothwendige Form. Nur im Verse konnte das alte Epos von Mund zu Mund weiter und weiter getragen werden und sich halten. Es war der kostbare Einband, ohne den sich die schätzbaren Blätter über das griechische Meer verzettelt hätten. Der Vers war auch der Ariadnefaden für den Sänger, und er war noch viel mehr, denn er war der Züchtiger der Phantasie, die durch ihn gezwungen wurde, die Dinge und die Menschen idealisch zu gestalten, denn der Vers scheidet alles Prosaische, Harte und Gemeine unerbittlich aus. Wir Modernen schreiben in Prosa und müssen unsere Helden in Schlafrock und Pantoffeln sehen lassen, weil wir eben Moderne sind, d. h. weil unsere modernen Augen faktisch anders sehen als die Alten, weiter, unendlich weiter, und wieder auch das Nahe und Nächste sehen, denn die Welt ist nicht nur weiter, sie ist auch in jedem Punkte reicher geworden, so reich, daß das, was früher ein Punkt schien, in Wirklichkeit eine Welt ist, und das nicht blos in der physischen Natur, sondern in uns selbst, in unserm Hirn und Herzen wogt eine neue Welt von Gedanken und Empfindungen, von denen die Griechen Homers keine Ahnung hatten. Die in dem antiken Epos gebundenen Elemente haben sich in Folge der veränderten Quantitäten des epischen Stoffes aufgelöst und zersetzt und die Konsequenz davon ist, daß der moderne epische Dichter sich mit weiser Mäßigung innerhalb der gesteckten Grenze halten muß, weil er auf sich selbst angewiesen ist und kein Sangesbruder ihm zu Hilfe kommt. Hier können wir ganz im Allgemeinen sagen, daß die Grenze nach dieser Seite durch zweierlei Momente bedingt wird: einmal durch die epische Kraft, die im Dichter waltet und zweitens durch das Maß der Empfänglichkeit seiner Leser, an denen er seine Leistungsfähigkeit ermessen kann. Aber der moderne Dichter muß seinen Stoff nicht allein quantitativ sorgsam abwägen, er muß denselben auch — und das ist von der größten Wichtigkeit — aus der idealen Zeitlosigkeit des antikes Epos in eine ganz bestimmte Zeit verlegen. Von dieser früheren Unschuld kann jetzt, nachdem wir vom Baume der Erkenntniß gegessen, nicht mehr die Rede sein. Wir Alle wissen, daß die Menschen von jetzt sehr viel anders als die von ehemals sind, und deshalb kann es dem Romandichter nicht einfallen, einen Roman zu schreiben, der irgend wann spielt; er muß sich entscheiden, ob er einen historischen oder ob er einen modernen Roman schreiben will. Der historische und der moderne Roman sind die vollberechtigten und gleichberechtigten Brüder des alten Epos, und zwar gleichberechtigt, als keiner von ihnen das ungeheure Erbe allein antreten kann, das sie nur haben können, wenn sie es brüderlich theilen. Zwar meinen Einige, daß die Zwillingsbrüder sich zu ähnlich sehen, um sie von einander unterscheiden zu können, und so würde ich jeden Roman einen modernen nennen, der in einer Zeit spielt, welche noch in dem vollen Lichte der Erinnerung der jetzigen Generation liegt, so weit eine solche in Rechnung kommen kann. Für den historischen Dichter würde dagegen die Grenze die sein, daß derselbe für die Geschichte, die erzählen will, wenn auch nicht die frischesten Quellen der mündlichen Tradition, so doch Quellen haben muß, die noch frisch fließen und vor allen Dingen reichlich fließen, denn sonst geräth er in die Gefahr, im Sande dürrer Gelehrsamkeit, die er für Poesie ausgiebt, stecken zu bleiben, und phantasiren ist nicht Phantasie haben, am allerwenigsten epische Phantasie. Freilich kann er dabei Gefahr laufen, welcher der moderne Dichter fortwährend ausgesetzt ist, die Gefahr tendenziös zu werden, und nicht mehr den Geist der Zeit, sondern seinen eigenen Geist zu geben. Die Tendenz ist bei dem modernen Dichter die Achillesferse, die Stelle, wo er ganz besonders sterblich ist, und zwar hat es damit folgende Bewandtniß: Der moderne Epiker, auch der historische, hat nicht nur nicht, wie sein antiker Kollege, keine Arbeitsgefährten und Mitgenossen, er hat auch, wenn er sonst nicht unbeliebt ist, kein Publikum, wie jener, dessen Publikum so groß war wie sein Volk und dessen er unbedingt gewiß sein konnte. Von dieser entente cordiale zwischen Dichter und Publikum ist heute nicht mehr die Rede. Wenn nun der historische Dichter nicht so weit von seinem Gegenstande entfernt stehen darf, daß er dadurch zu undeutlich wird, so verfällt der moderne Dichter leicht in den Fehler, daß er seinem Objekte so nahe tritt, daß er es nicht mehr ruhig von allen Seiten betrachten kann. Der Künstler muß nach Uebersicht streben, um das Gute und Schöne hervorbringen zu können, es kann aber in der Kunst am wenigsten der epische Künstler etwas Rechtes und Schönes schaffen, ohne die Observanz der Objektivität, und diese ist das oberste Gesetz, sein Leitstern, den er nicht aus den Augen verlieren darf, ob er sich auch noch innerhalb der gesteckten Grenze bewegt. Immer wird er sich bemühen müssen, volle ganze Menschen zu schaffen, die sich kräftig aus der Umgebung herausheben, und er wird sich bemühen müssen, diese Menschen in Aktion zu setzen, nichts von diesen Menschen zu wollen, was sie nicht können und nichts zu wollen, was er nicht durch diese Menschen kann; auch nicht ein Titelchen mehr und nicht ein Jota weniger. Hic Rhodus, hic salta! Er aber, der epischen Muse echter Jünger, thut seine ehrliche Arbeit und denkt und spricht mit dem alten Meister:

> Will's aber Einer anders halten,
> So mag er nach Belieben schalten.
> Nur soll er nicht das Handwerk schänden,
> Sonst wird er schlecht und schmählich enden.

Theater, Musik, Kunst.

Berlin. Zur Feier der Vermählung des Prinzen Albrecht soll in herkömmlicher Weise eine Gala-Oper im königlichen Opernhause gegeben werden. Es ist dazu eines der edelsten deutschen Tondramen, Glucks „Iphigenia in Aulis", gewählt worden. — Frau Goldschmidt (Jenny Lind) befindet sich, wie die „Gerichtsztg." mittheilt, zur Zeit in Berlin und entzückt in musikalischen Privatkreisen die Hörer durch ihren noch immer herrlichen Gesang. Man hegt vielfach die Hoffnung, die berühmte Künstlerin zur Mitwirkung in einem Wohlthätigkeits-Konzerte zu bestimmen. — Die Thomas'sche Oper „Hamlet" wird noch in dieser Saison in Szene gehen. An der Vorbereitung derselben wird bereits eifrig gearbeitet. — Die Generalintendantur der königl. Schauspiele hat den mit Fräulein Judith David abgeschlossenen Kontrakt dieser Tage wieder auf 2 Jahre verlängert und ihr Gehalt auf 4000 Thlr. jährlich erhöht. — Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater hat den „Faublas" seit einigen Tagen die „Luzinde" abgelöst, welches voraussichtlich als ein noch stärkerer Magnet sich bewähren wird, als jene komische Oper. Die Pohl'sche Posse ist so reich an wechselvollen komischen Effekten und anmuthigen Gesangsnummern, daß das Publikum beständig zwischen stürmischen Ausbrüchen der Heiterkeit und Beifallssalven sich ergeht. Dramatischen Charakter hat diese Posse gar nicht, ein Stück kann sie nicht genannt werden, aber sie ist ein ungemein lustiges Konglomerat von Scherzen und bunten Bildern, welches Demjenigen, der ein paar Stunden recht herzlich lachen will, in vollem Maße gerecht wird. Herr Robert wird im Herbst im Residenztheater ein längeres Gastspiel geben. Dieser Tage erspielte er sich in Gotha die dort übliche Medaille für Kunst und Wissenschaft. — Am 15. d. M. findet im Nationaltheater eine Vorstellung des „Julius Cäsar" von Studirenden der hiesigen Universität zum Besten der Nothleidenden an der Ostsee statt.

Weimar. Der Großherzog hat in diesem Jahre so viele anderweitige Ausgaben, daß er zu den Kosten des Theaters keinen so hohen Zuschuß zahlt als sonst. Uebrigens wurde dort kürzlich die erste Aufführung von Ad. Wilbrandts Lustspiel „Die Maler" zum Anlaß

gehalten. Als Präsident der Republik versprach ich Ihnen, nicht heimlich an Ihrem Sturze zum Besten irgend eines monarchischen Prätendenten zu arbeiten. Auch dies habe ich gehalten. Nach wie vor bleibt der Versammlung und dem Lande die Wahl frei. Nichts ist ausgeschlossen; frei ist das Land nach links und nach rechts; die Mehrheit des Landes wird zu entscheiden haben. (Bravo!) Der Pakt von Bordeaux bedeutete für die Einen Sicherheit der Gegenwart, für die Anderen Freiheit der Zukunft. Für mich bedeutet er, daß ich als ehrliches Oberhaupt einer Republik regieren sollte.

Was ist nun in diesen zwei Jahren geschehen? (Der Präsident schildert die Erfolge seiner Regierung.

Ich erwähne das Alles, um Ihnen zu zeigen, daß die Regierung, die man vorwurfsvoll eine provisorische nennt, nicht müßig gegangen ist. Es handelte sich darum das Land neu zu beleben; nun, ich glaube, es ist schon etwas mehr belebt. (Heiterkeit.) Ich würde vollkommen in den Grenzen des Paktes von Bordeaux bleiben, wenn ich Sie aufforderte, die provisorische Regierung in eine definitive umzuwandeln und als Präsident der Republik hätte ich dann auch das Recht, Ihnen die Republik zu empfehlen; aber der Augenblick ist noch nicht gekommen, uns mit Titeln zu beschäftigen; es ist dringender, wichtige Dinge zu verrichten. Wenn ich in meiner Botschaft davon sprach, die Republik durchzuführen, so geschah dies allerdings in der innigen Ueberzeugung, daß etwas geschehen müsse. Sie sind eine Konstituante und das Land hat weder den Umfang, noch die Dauer Ihrer Vollmachten begrenzt. Aus eigenem Antriebe haben Sie erklärt, daß Sie nach der Befreiung des Landesgebiets auseinander gehen sollen. (Erstaunter Widerspruch rechts.) Ich bin bemüht, mich möglichst deutlich auszudrücken. Der Tag Ihres Auseinandergehens ist ohne Zweifel noch nicht genau bestimmt; aber alle Welt ist darüber einig, daß Ihre Aufgabe noch in diesem Jahre zu Ende gehen soll. Ist es nun etwa eine anarchische und widergesetzliche Idee, wenn man annimmt, daß Sie zuvor die Republik mit den Institutionen ausstatten werden, welche ihr jeder rechtschaffene Mann wünschen soll? (Lebhafte Unruhe rechts.) Ist das nicht ein recht eigentlich konservativer Gedanke? Herr Gambetta sagte uns offen und für das Interesse der Sache, welche ihm am Herzen liegt, vielleicht zu offen, daß man dieser Kammer eine solche Mission nicht einräumen solle. Es mag sein, daß Sie die künftige Kammer fürchten; aber wir leben in einem freien Lande, wo man auf Widerspruch gefaßt sein und ihn mit der Wahrheit bekämpfen muß. Man erklärt sich gegen das Projekt einer zweiten Kammer; die Republik der Vereinigten Staaten hat anerkannt, daß man eine solche nicht entbehren kann und auch ich glaubte, sie Ihnen dringend empfehlen zu sollen. Mit einer einzigen Kammer und einem Präsidenten als Ihrem Delegirten kann es täglich zu Konflikten kommen, welche die Dauerhaftigkeit der Regierung in Frage stellen. Man sagt jetzt, das Uebel sei, daß die Regierung zu stark wäre, mit anderen Worten: Das Uebel sei ich. (Heiterkeit.) Das hat mich nicht wenig gewundert, der ich auf jedem Schritt und z. B. noch bei den Steuern diesem Hause bedeutende Konzessionen machen muß. Was habe ich nicht kämpfen müssen, um zu verhindern, daß allen Städten das Recht eingeräumt würde, ihre Maires zu wählen, womit wir lauter kleine Könige in Lyon, in Bordeaux, in Toulouse u. s. w. gehabt hätten! Wie oft mußte ich mich nicht in das tiefste Zimmer meines Pönitenzpalastes . . . pardon, meines Präsidenzpalastes (allgemeine Heiterkeit; Redner scheint sich nicht zufällig versprochen zu haben) einschließen, um mich mit Ihren Delegirten wegen der Konzessionen zu verständigen, welche Sie mir auferlegen wollten! Wir haben den Parlamentarismus bis zum Exzeß. Die Versammlung ist allmächtig. Gerade darum verlangten wir einige praktische Maßregeln, die uns das Regieren erleichtern sollten. Nach langem Sträuben fand ich mich darein, mir das Wort einschränken zu lassen. Dafür zeigte sich der Ausschuß bereit, der Republik Existenzbedingungen zu gewähren, vermöge deren sie die konservative Republik sein und bleiben kann. (Lärm rechts!) Ich bitte Sie, m. H., beruhigen Sie sich und seien Sie aufrichtig: Die Republik existirt doch nun einmal. — Verstehen wir uns recht! Es handelt sich nicht um die definitive Republik, die von Ihnen und dem Lande votirt werden soll, sondern um die Republik als die gesetzliche und provisorische Regierung, welche seit zwei Jahren diesen Namen führt. Ich bin der Präsident der Republik und ich habe Ihnen versprochen, das mir anvertraute Gut unverletzt zurückzugeben. (Bravo! links.) Ich werde es zu Niemandes Gunsten verletzen lassen; aber dieses mir anvertraute Gut ist doch nun einmal die konservative Republik. (Der Lärm auf der Rechten hält an.) Sehr achtbare Leute mögen die Monarchie der Republik vorziehen; aber seien wir offen und ehrlich; es wäre gar sehr schwer, heute die Monarchie einzuführen. (Stimme rechts: Nur Ihretwegen wäre es schwer!) Meine Herren, lassen wir doch in politischer Hinsicht dieselbe Toleranz walten, wie in religiöser; hier wie dort giebt man damit seinen Glauben nicht auf, sondern erkennt nur an, daß man auch einer anderen Regierungsform dienen kann, ohne darum ein schlechter Bürger zu sein. Die Monarchie ist jetzt unmöglich. Andere verlangen wieder sofort die definitive Republik. Auch das nicht! Lernen wir, uns zu bescheiden! Das Wort „definitiv" garantirt auch nicht die Unsterblichkeit und mit diesen anspruchsvollen Titeln macht man sich oft nur lächerlich. Die erste Republik nannte sich die eine, untheilbare und unvergängliche. Bald nahm man einen neuen Herrn, nannte ihn Konsul auf Lebenszeit und dann Kaiser. Man wollte ihm sogar Kinder geben, ihm, der keine Kinder hatte. Als er gestürzt war, glaubte man mit der Restauration der rechtmäßigen Könige alle Zukunft gesichert zu haben, und einige Jahre später mußte sich Frankreich sagen: „Wir haben uns wiederum geirrt!" (Stürmische Unterbrechung rechts). So wird es Jedem ergehen, der sich einbildet, etwas Ewiges zu schaffen. Möge sich die Republik lieber durch ihre Werke, als durch leere Titel empfehlen! Verzichten wir also darauf, die definitive Republik auszurufen, einmal aus Bescheidenheit und zweitens aus Schonung für die Ueberzeugung Jener, welche noch die Monarchie vorziehen! Wenn aber die Republik so versöhnlich auftritt, so ist man ihr wiederum die Mittel schuldig, würdig zu existiren: Achtung, gute Finanzen, eine gute Verwaltung, ein gutes Heer. Das muß jeder Bürger schon Frankreich zu Liebe wünschen und auch wir werden, wenn wir in dieser Richtung Anträge stellen, nur das Interesse des Landes im Auge haben. Der Pakt von Bordeaux soll also fortdauern; für die Rechte bedeutet er, daß die Zukunft gewahrt ist, für die Linke, daß die Republik besteht, für die Regierung, daß sie ihr Wort, die Republik zu bewahren, in Ehren halten kann. Das heißt, glaube ich, deutlich gesprochen und das ist die einzige Politik, die ich verstehe. Man nenne mir eine andere, welche nicht den Ueberzeugungen Gewalt anthäte. Wenn Sie diese unsere Ansicht theilen, so werden Sie die Anträge des Ausschusses annehmen und dem Lande das Vertrauen in Sie und sich selbst einflößen, dessen es so dringend bedarf und welches wir allein ihm geben können. (Anhaltender Beifall in den beiden Zentren und in einem Theile der Linken; die äußerste Rechte und die äußerste Linke beobachten eine schmollende Haltung.)

Man verlangt von allen Seiten den Schluß der Debatte, schreitet, zur Abstimmung und die Einleitungsformel wird mit 475 gegen 199 Stimmen angenommen. Die Stimmen vertheilen sich genau in derselben Weise in dem Beschluß vom letzten Sonnabend.

Spanien.

Madrid, 2. März. Die heutigen Nachrichten über die karlistischen Unruhen lauten, wenn anders dem offiziösen Telegraph zu trauen, erheblich günstiger. Eine Depesche aus Bayonne, vom 2. März datirt, meldet, daß weder Don Carlos, noch sein Bruder Don Alfonso in Spanien angekommen sind, und die „Gaceta" verzeichnet einige Niederlagen der Karlisten, in Katalonien und im Maestazzo. Gleiche Nachrichten kommen aus Aragonien und Alt-Kastilien. Die übrigen heute vorliegenden Nachrichten (die Post vom 1. März war ausgeblieben) fassen wir in Folgendem zusammen:

Heute (2. März) soll ein Projekt eingebracht werden, welches beantragt, die Assemblée möge nach Erledigung der schwebenden Fragen ihre Sitzungen suspendiren. Dieselbe ist entschlossen, vor ihrer Auflösung das Projekt hinsichtlich der Abschaffung der Sklaverei auf Porto Rico zu votiren. — Die Bürger von Madrid organisiren sich nach Quartiers zum Zwecke einer wechselseitigen Vertheidigung des Privateigenthums, abgesehen von allen politischen Meinungen.

Von Seiten der Radikalen und selbst der Bureaus der National-Versammlung will man der Auflösung der letzteren opериren. In diesem Falle hätte man gar einen Straßenkonflikt zu befürchten.

Die Schuld an den jüngsten Exzessen wird bald den Alfonsisten, bald den Karlisten beigemessen. Diese sollen unter der Maske von Republikanern gewühlt haben. Die Republik, wird den Soldaten versprochen, werde ihre Versprechungen erfüllen. „So lange noch Karlisten in den Bergen umgehen, so lange die Republik noch Feinde hat, ist es eure Pflicht, sie mit republikanischer Energie zu bekämpfen . . Mit Hilfe des Volkes und der Behörden werdet ihr in vierzehn Tagen vollbringen, was ihr unter der Monarchie in elf Monaten nicht zu Stande bringen konntet."

Die Karlisten sind entgegengesetzter Meinung und hoffen von der Republik für ihre Sache. Der republikanischen Energie setzen sie ihren Fanatismus entgegen. Gerade das Heer ist es, von dem sie glauben, daß es, mit der Republik unzufrieden, zur Ueberläuferei geneigt sei. Als ein Muster für ähnliche Manifeste, womit die Karlisten-Chefs in der letzten Zeit überreden und schrecken wollen, mag ein Hirtenschreiben eines baskischen Seelsorgers und Karlisten-Apostels dienen. Es ist das des berüchtigten Don Manuel Santa Cruz, in welchem der leibhaftige Pfaffe aus Schiller's „Räuber" auf das spanische Kriegstheater getreten ist. Derselbe, welcher einen Alcalden in seinem Orte erschießen, einen pflichtgetreuen Briefträger prügeln ließ, hat nun als Kommandant des Bataillons vom Distrikte Vergara" an den Chef der „Freiwilligen der Freiheit" von Onate (Guipuzcoa) ein Schreiben gerichtet, worin es heißt:

Königliches Heer des Nordens! Dem besseren Dienst des Königs unseres Herrn Don Carlos VII. von Gottes Gnaden habe ich es für zuträglich erachtet ehe ich den Weg der Gewalt und Strenge betrete, vorerst Güte anzuwenden gegenüber denjenigen unserer Brüder, welche mit allzu großer Leichtfertigkeit und vielleicht gegen ihre Ueberzeugungen die Waffen ergriffen haben, um sich einer dreimal heiligen Sache zu widersetzen; darum habe ich beifolgende Artikel beschlossen, in denen ich Gnade allen Verirrten gewähre. . . Ich hoffe zu ihrer Klugheit, daß sie Träume und Einbildungen beiseite lassen, die sich niemals verwirklichen können" u. s. f. In den zitirten „Artikeln" ist unter Anderem „verordnet": „Art. 1. Ich gewähre Indult allen Freiwilligen der Freiheit dieses Distriktes, welche sich mir mit den Waffen in der Hand in der Frist von zwei Stunden stellen.

2) Es erstreckt sich dieser Indult auf die Körper der Migueleten (baskische Miliz), Zivilgarde und Karabinieri, indem ihre Dienste, wenn sie solche freiwillig leisten wollen, zur Vertheidigung des Königs unseres Herrn Don Carlos VII. (von Gottes Gnaden) verwendet bleiben sollen. . . . . .

3. Jedes Individium der Truppen wird seinen absoluten Urlaub erhalten in dem Falle, daß es die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt, wobei es ihm überlassen bleibt, Sr. Majestät zu dienen oder nicht; für diesen Fall wird eine gute Belohnung gewährt werden.

4. Die Individuen der bewaffneten Macht, welche diesen Pardon verachten und Widerstand leisten, werden über die Klinge springen und ihre Güter konfiszirt werden.

5. Es wird die Zirkulation jeder Art von Korrespondenz verboten; jeder Vermittler derselben wird über die Klinge springen, sobald die That erwiesen.

6. Dieselbe Strafe wird jeder Spion oder Vertrauensmann des Feindes erdulden, der ergriffen wird.

7. Ebenso wird über die Klinge zu springen haben jeder Arbeiter, der an den Befestigungswerken und der Vertheidigung innerhalb des Ortes arbeitet, auch wenn es auf Geheiß der Behörde geschieht.

8. Jede Behörde, die irgend einen Zwang ausübt gegen Personen, welche freiwillig der heiligen Sache Gottes, des Vaterlandes und Königs dienen wollten, wird unwiderruflich die letzte Strafe und die Konfiskation aller ihrer Güter erdulden, u. s. w.

Rußland und Polen.

8 **Warschau**, 5. März. Das Land der donschen Kosaken verspricht ein russisches Kalifornien zu werden. Nachdem in demselben in den letzten drei Jahren ein bedeutender Reichthum an Eisen-, Kupfer-, Blei- und sogar Silbererzen entdeckt worden ist und sich zur Ausbeutung dieses Metallreichthums bereits verschiedene Gesellschaften gebildet haben oder in der Bildung begriffen sind, haben sich diese Entdeckungen im verflossenen Sommer noch durch Auffindung von Goldsand in dem Flusse Nieswitaj erweitert. Der glückliche Entdecker des mit Goldkörnern gemischten Flußsandes ist ein Student aus Charkow, Namens Linde, der gleich nach seiner Rückkehr von der Ferienreise, auf der er diese Entdeckung machte, in Charkow eine Gesellschaft zusammenbrachte, die in der Gegend von Darjewka Gold-

---

einer eigenthümlichen Episode. Die wirklichen Maler nämlich, die unter den Zuschauern saßen, nahmen das Stück gewaltig übel, weil sie sich zum Theil von den Schauspielern porträtirt meinten, und fanden sich in ihrer Künstlerehre (!) gekränkt und beleidigt, weil in dem Stück ein Maler ausgepfändet werden soll!

Hamburg. Von ca. 70 den reichsten Ständen Hamburgs Angehörenden wird jetzt zu einer Aktiengesellschaft aufgefordert, welche den Zweck hat, das durch Privatunternehmer schon seit Jahren nicht mehr zu haltende Stadttheater anzukaufen. Das nöthige Kapital soll 250,000 Thlr., in Aktien à 1000 Thlr., betragen. Diese tragen keine Zinsen, aber die Inhaber sollen die Berechtigung zu zwei Logen- oder Parquetplätzen erhalten und die Aktien nach und nach aus den Einnahmen amortisirt werden. Schließlich soll das Gebäude Eigenthum des Staates werden, wofür schon jetzt dessen Hilfe für einige Nebenausgaben in Anspruch genommen wird. (Wir meinen, wenn sich die 70 reichen Hamburger, davon die meisten Millionäre, in jenen Betrag theilten, so brauchte man nicht erst eine öffentliche Aufforderung zu erlassen; es kommen da auf jeden $3\frac{1}{2}$ Aktien.)

Wien. Die mit großer Spannung erwartete neue Strauß'sche Operette „Der Karneval in Rom" ist endlich am Sonnabend im Theater an der Wien in Szene gegangen. „Der Erfolg des musikalischen Theiles", so schreibt hierüber die „Tgspr.", „war, wenn auch nicht geradezu zündend, so doch immerhin recht günstig. Der Komponist wurde, als er an das Dirigentenpult trat, mit einem wahren Sturm von Beifall empfangen und nach den Aktschlüssen wiederholt gerufen. Das Libretto der Operette ist recht amüsant, doch sehr frivol, die Ausstattung glänzend." — Der „Presse" zufolge wird Franz Liszt am Landes-Musikkonservatorium zu Pest eine Professur für höhere Ausbildung im Klavierspiel übernehmen.

Paris. Der statuarische Schmuck des neuen Opernhauses in Paris wird ein recht ansehnlicher werden. Die Auswahl der Repräsentanten der Musik, deren Standbilder oder Statuen aufgestellt werden sollen, blieb dem Architekten des Opernhauses, Garnier, überlassen. Nach dem im Einzelnen vielfach anzufechtenden Plan dieses Herrn vertheilen sich die einschlägigen Skulpturwerke folgendermaßen: Im großen Vestibule die vier sitzenden Statuen Lulli's, Rameau's, Gluck's und Händel's als der Vertreter der italienischen, französischen, deutschen und englischen (!) Musik. An der Hauptfaçade in den Bogenfüllungen der Arkaden vier Medaillons mit den Büsten Cimarosa's, Pergolese's, Bach's und Haydn's; dann sieben Büsten aus vergoldetem Erz in den runden Fenstern, darstellend: Rossini, Auber, Beethoven, Mozart, Spontini, Meyerbeer und Halévy. (Mozart nimmt die Mitte ein, die Anderen gruppiren sich rechts und links von ihm.) An der Rückfaçade die Büsten zweier Librettisten, nämlich Scribe's und Quinault's. Die beiden Seitenfaçaden enthalten 24 Büsten in chronologischer Ordnung, und zwar die rechte: Monteverde, Durante, Jomelli, Monsigny, Grétry, Saccini, Lesueur, Berton, Boieldieu, Herold, Donizetti, Verdi; die linke: Cambert, Campra, J. J. Rousseau, Philidor, Piccini, Paesiello, Cherubini, Méhul, Cicolo, Weber, Bellini, Adam. Das fünfte Foyer enthält die Büsten von vier um die pariser Opernbauten verdienten Architekten: Marquis de Sourdeac, Servandoni, Moreau, Louis. Endlich das große Foyer ist zur Aufnahme der größeren Opernkomponisten der Gegenwart und Zukunft bestimmt. Vor der Hand wird blos Berlioz darin einen Platz finden. Ein Theil dieser Skulpturwerke ist schon aufgestellt.

Die Schulden der Welt.

Es ist keine ganz leichte Sache, den wirklichen Bestand der Schulden Europas oder der Welt ausfindig zu machen, aber es ist möglich, einen annähernden Ueberschlag der Gesammt-Verbindlichkeiten der kontinentalen Nationen zu machen. Wir extrahiren nachfolgende Daten aus englischen statistischen Berichten. Es giebt 7 europäische Nationen, von denen jede über 100,000,000 Lstrl. schuldet.

Dieselben sind:

Großbritannien . . .	790 000.000	Lstrl.
Frankreich	748.000 000	„ *)
Italien	360,000,000	„
Rußland	355,000,000	„
Oesterreich	306,000 000	„
Spanien	261,000,000	„
Türkei	124,000,000	„
	2,944,000,000	Lstrl.

Die Schuld des Deutschen Reiches beläuft sich auf eine Kleinigkeit über 35,000,000 Lstrl. Die verschiedenen Staaten, aus denen dasselbe zusammengesetzt ist, schulden indeß im Ganzen ungefähr 173.000 000 Lstrl. Die Verbindlichkeiten des Reiches mögen daher auf circa 208,000,000 Lstrl. veranschlagt werden. Die Schulden der acht am meisten belasteten Europäischen Länder belaufen sich demnach auf ca. 3,152,000,000 Lstrl Sechs andere Länder in Europa schulden ihren Gläubigern mehr als 10,000,000 Lstrl. aber weniger als 100,000,000 Lstrl. Dieselben sind:

Holland	Lstrl.	80,000,000
Portugal	„	64 000,000
Belgien	„	27,000,000
Griechenland	„	18,000,000
Rumänien	„	13,000 000
Dänemark . . , ...	„	12,000,000
	Lstrl.	214,000,000

Diese sechs Länder fügen also dem vorherigen Totalbetrage 214,000,000 Pfd. Strl. hinzu und erhöhen die nationalen Verbindlichkeiten Europas auf 3,366,000 Lstrl. Rechnet man hierzu die Schulden aller Staaten, die unter 10,000,000 Lstrl. schulden, sowie alle Bruchtheile einer Million, so kann man wohl annehmen, daß die Nationalschulden Europas, ausschließlich der Verbindlichkeiten von Munizipalitäten, momentan die Summe von 3,400,000,000 Lstrl. übersteigen. Die relativen Zinslasten, welche diese Schulden involviren, korrespondiren indeß nicht mit ihren relativen Beträgen, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt:

Land	Schuld	Zinsen	Zinsfuß circa
Lstrl.	Lstrl.	Lstrl.	Prozent
Italien . . .	360.000.000	30.300.000	$8\frac{1}{2}$
Frankreich . .	748,000.000	27,700.000	$3\frac{3}{4}$
England . .	790,000.000	26,800.000	$3\frac{1}{3}$
Portugal . .	64,000,000	1,900,000	3
Dänemark . .	12,000,000	1,100,000	9
Belgien . . .	27,000.000	1,000,000	4
	2,001,000.000	88,200,000	$4\frac{1}{2}$

Wenn die Zinsenlast der anderen Schulden nicht realativ größer ist, so involviren die nationalen Verbindlichkeiten Europas eine Bürde von 134,000,000 Lstrl. auf dessen Bevölkerung. Die Schulden der übrigen Welt sind glücklicherweise viel kleiner als die Europas, aber dennoch ziemlich beträchtlich Amerika führt natürlich den Reigen auf der Liste. Die verschiedenen amerikanischen Staaten schulden:

*) Dies ist die niedrigste Schätzung der Französischen Schuld. Einige Autoritäten geben dieselbe auf 960,000,000 Lstrl. an.

Vereinigte Staaten	Lstrl.	433,000,000
Brasilien	„	67,000,000
Canada	„	21,000 000
Argentinische Republik	„	16,000,000
Venezuela	„	14,000,000
Peru	„	12,000,000
Mexiko	„	10,000,000
	Lstrl.	573,000,000

Asien folgt Amerika in beträchtlicher Entfernung. Seine hauptsächlichen Schulden sind:

Britisch-Indien	Lstrl.	108.000,000
Japan	„	27,000,000
	Lstrl.	135,000,000

Die verschiedenen australischen Kolonien schulden im Ganzen Lstrl. 38,000,000. Die hauptsächlichen afrikanischen Schulden sind je von:

Egypten	Lstrl.	28.000.000
Marocco	„	10,000,000
Capetown	„	1,000,000
	Lstrl.	39,000,000

Die Hauptschulden in jedem der fünf großen Welttheile stellen sich also, wie folgt:

Europa . . .	Lstr.	3,400,000.000
Amerika . . .	=	573,000,000
Asien	=	135 000 000
Afrika	=	39,000,000
Australien . .	=	38,000.000
	Lstr.	4,185,000,000

Wenn man diesem Totalbetrage nur 15,000,000 Lstr. für kleinere Auslassungen hinzufügt, so ist man zu dem Schlusse genöthigt, daß die Nationen der Welt ihren Gläubigern 4,200,000,000 Lstr. schulden, eine Summe, die nur zu $4\frac{1}{2}$ Prozent eine jährliche Zinsenlast von 189,000,000 Lstr. involviren muß! Die Ziffern sind so gigantisch, daß es kaum möglich ist, darüber zu kommentiren. Aber es ist ein Umstand, der zum Nachdenken zwingt, daß mit vielleicht drei Ausnahmen — die Vereinigten Staaten, Deutschland und Großbritannien — alle diese Länder ihre Schuldenlast stetig vergrößern. Der größere Theil derselben ist innerhalb der Erinnerung der jetzigen Generation geschaffen worden; die große Mehrheit derselben wächst noch immer mit einer Schnelligkeit, die den nationalen Verbindlichkeiten der Welt jährlich hunderte von Millionen hinzufügt. (Börs.-Cour.)

---

* **Christiania**, 26. Febr. Der norwegische Dichter Björnson, der vor einiger Zeit wegen seiner deutschen Sympathien so viel von sich reden machte und namentlich in Dänemark sehr heftig angefeindet wurde, feiert augenblicklich Triumphe in Norwegen und Schweden, wie sie selten einem Dichter bei seinen Lebzeiten zu Theil geworden sein mögen. Er reist von einer Stadt zur anderen und hält Vorlesungen oder Vorträge, welche von den Zuhörern in den überfüllten Räumlichkeiten mit der höchsten Begeisterung aufgenommen werden. Bei den festlichen Zusammenkünften, die auf die Vorlesungen folgen, hält der Dichter Reden, die von Geist und Witz sprudeln und in denen er oft politische Sachen in der einmal von ihm eingeschlagenen Richtung vornimmt. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß ihm auch meistens hier ungetheilter Beifall gespendet wird. Der Dichter ging auch mit dem Gedanken um, Upsala zu besuchen, konnte sich aber nicht recht dazu entschließen, weil er wegen der wohl etwas anti-deutschen politischen Gesinnung der studirenden Jugend eines freundlichen Empfangs nicht sicher war. Nun hat er von dorther ein schmeichelhaftes Einladungsschreiben erhalten und wird auch wohl dem Rufe folgen.

wäschereien einrichteten. Nach den Berichten russischer Blätter haben diese Goldwäschereien eine unerwartet reiche Goldbeute gehabt und den thatsächlichen Beweis geliefert, daß der Fluß Nieswitaj mehr Gold mit sich führt, als die goldreichsten Flüsse des Uralgebirges. Es werden deshalb auch bereits Vorbereituugen getroffen, um die Goldwäscherei am Nieswitajflusse in größerem Maßstabe zu betreiben. — Die Ueberfüllung der Gymnasien im Königreich Polen, Lithauen und den südwestlichen Gouvernements, durch welche die Aufnahme neuer Schüler außerordentlich erschwert ist, hat die Einwohner der genannten ehemals polnischen Landestheile veranlaßt, Petitionen an das Ministerium der öffentlichen Aufklärung zu richten, worin sie um die Genehmigung zur Errichtung von Privatgymnasien theils auf eigene Kosten, theils mit Beihilfe der Regierung bitten. Solche Petitionen sind aus 40 verschiedenen Städten abgesandt worden und auf manche derselben ist bereits ein günstiger Bescheid erfolgt. Zu den Städten, die einen solchen günstigen Bescheid erhalten haben, gehört auch die Stadt Warschau und es ist bereits eine Liste zur Unterzeichnung von Beiträgen für das zu errichtende Privatgymnasium in Umlauf gesetzt worden. Diese Liste weist schon jetzt sehr zahlreiche und einzelne sehr hohe Beiträge von 500 bis 1000 Silberrubel nach.

Vom Landtage.

58. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 6. März. Eröffnung um 12 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Graf Eulenburg und mehrere Kommissarien. An das Präsidium ist eine neue Vorlage, von sämmtlichen Ministern gegengezeichnet, gelangt: der mit der großherzoglich mecklenburg-schwerinischen Regierung unter dem 12. Oktober v. J. abgeschlossene Rezeß über Regulirung der Landeshoheitsgrenze in den Dörfern Suckow, Drenikow, Porep und deren Feldmarken.

Der rasche Verlauf der dritten Lesung des Staatshaushalts für 1873 in der gestrigen Abendsitzung war nur dadurch möglich, daß verschiedene in der zweiten Lesung beschlossene Resolutionen bestreitbaren Inhalts zurückgezogen wurden, oder bereits früher von den Spezialetats, zu denen sie gestellt waren, abgelöst und als selbstständige Anträge reservirt worden sind. Zu den letzteren gehört die Resolution, die der Abg. Eberty bezüglich der Verwendung der Einkünfte der sächsischen Stifter schon wiederholt und so auch diesmal zum Etat des Kultusministeriums eingebracht hat und die von der Subkommission der Budget-Kommission (Referent v. Gottberg) zum Etat der indirekten Steuern eingebrachte Resolution, betreffend die Aufhebung der Kalender- und Zeitungsstempel-Abgabe. Die erstere steht als selbstständiger Antrag auf der heutigen Tagesordnung, die zweite nur deshalb nicht, weil sie durch den inzwischen von dem Abg. Bernards eingebrachten Gesetzentwurf besser ersetzt und zugleich mit ihm erledigt wird.

Die Resolution Ebertys fordert die Staatsregierung auf den Beschluß des Hauses vom 6. Dezember 1866 zur Ausführung zu bringen: das durch den Friedensvertrag mit Sachsen vom 21. Oktober 1866 (Artikel 20) ihr unbeschränkt überlassene jus reformandi auf die Stifter Merseburg, Naumburg und Zeitz dahin anzuwenden, daß 1) keine neue Anwartschaft ertheilt, und Niemand in den Besitz einer Stelle gesetzt werde (Kabinets-Ordre vom 30. Oktober 1810, § 3), 2) die Einkünfte der genannten Stifter fortan ausschließlich zu kirchlichen und Unterrichtszwecken verwendet werden (Kabinets-Ordre vom 28. Februar 1845.)

Abg. Eberty sucht in einem längeren Vortrage den Nachweis zu führen, daß die aus diesen Stiftern der Regierung zur Verfügung stehenden Fonds bisher zu Unrecht verwendet seien. Die Verwaltung sei durch Kabinetsordre vom Jahre 1810 autorisirt worden, diese Revenuen ausschließlich zu kirchlichen und Schulzwecken zu verwenden. In diesem Sinne sei auch im Jahre 1866 ein Beschluß in diesem Hause gefaßt worden, ohne daß derselbe bis jetzt zur Ausführung gelangt wäre. Wollen Sie einer verwaltenden Körperschaft die Befugniß zugestehen das Gut, welches sie verwaltet, für sich in Anspruch zu nehmen im Widerspruche zu dem Rechtsgrundsatze; nemo causam possessionis sibi mutare potest? Einer der Pfründner in Merseburg, der General von Manteuffel, ist auf meiner Seite; er vertheilt seine Einkünfte bis heute als Stipendien und an seine Herren confratres, die Oberpräsidenten von Münchhausen und v. Witzleben. (Hört! hört! links.) Die Revenüen belaufen sich auf ungefähr 65,000 Thlr. jährlich, davon werden etwa 7000 Thlr. zur Unterstützung der Gymnasien verwendet; aber die Domkapitel genügen ihrer Pflicht als Patrone so wenig, daß z. B. der Dom in Merseburg seinem Verfall entgegengeht; daß die Lehrer am Gymnasium in Naumburg ein durchaus unangemessenes und kärgliches Gehalt beziehen. Ein grober Mißbrauch ist es, diese reichen Stiftungen in Sinekuren zu verwandeln. Der Herr Kommissar wird vielleicht die Richtigkeit meiner Zahlenangaben in Frage stellen, das rührt mich gar nicht; das ist Schuld der Staatsregierung, welche sich ihrer Pflicht schon längst hätte bewußt sein sollen, dieses Vermögen unter die Kontrolle der Landesvertretung zu stellen.

Geh. Rath Forch: Das Edikt von 1810 hat auf die sächsischen Domstifter keinen Bezug, denn sie sind erst 1815 erworben. Außerdem bestimmt das Dekret von 1803, daß das Vermögen nicht nur für Kirchen und Schulen verwendet werden soll, sondern auch zu andern gemeinnützigen Zwecken (Unterbrechung), oder zur Erleichterung der Finanzen des betreffenden Landesherrn. Die Regierung hat ihre Absicht, dem Beschlusse des Hauses von 1865 entgegenzukommen, unzweideutig an den Tag gelegt. Die Revenüen sind zum großen Theile zur Unterhaltung von Kirchen und Schulen bestimmt worden. Die Regierung hat für das Gymnasium in Merseburg 1200 Thlr., für das in Naumburg 3400 Thlr. ausgesetzt und es ist ihr gelungen, alle Wünsche der Lehrer zu befriedigen. Sie wird in ähnlicher Weise in den nächsten Jahren fortfahren. Seit 1822 ist keine Antwartschaft ertheilt und seit 1864 keine neue Stelle besetzt worden. Die Regierung beharrt bei ihrer Auffassung, daß das Vermögen des Westfälischen Friedens und der Säkularisation von ihr selbstständig ohne Hinzuziehung des Landtages verwaltet werden kann. (Unruhe links.) Sie ist aber geneigt, auf dem vorhin angedeuteten Wege fortzufahren und allen Wünschen entgegenzukommen; sie hält es deshalb nicht für nothwendig den Beschluß des Jahres 1865 zu neuer Erörterung heranzuziehen.

Abg. Glaser: Die Stiftungen sind ausdrücklich für Kirchen- und Schulzwecke bestimmt. Der hochselige König hat das in der Kabinetsordre von 1845 einem Ministerialbeschluß entgegen anerkannt. Es ist aber seit langer Zeit das Vermögen seinem Zwecke entzogen und ich glaube, daß die Zeit gekommen ist, der Kirche das ihr Gehörige wieder zuzuweisen.

Abg. Dr. Witte (Merseburg): Es ist allerdings für die Gymnasien vieles geschehen; aber die technischen, Elementar- und hifswissenschaftlichen Lehrer sind noch schlecht genug gestellt; einer erhält z. B am Gymnasium in Merseburg 200 Thlr. jährlich; eine Gehaltszulage wurde ihm in letzterer Zeit noch verweigert; der Schuldiener soll sich mit 68 Thlr. Gehalt jährlich behelfen. Auch für die Kirche ist keine Sorge getragen. Die Organistenstelle ist mit 175 Thlr., die Küsterstelle mit 105 Thlr. dotirt. Die Geistlichen erhalten einen Zuschuß von 300 Thlr., alles gewiß Summen die den Bedürfnissen und den Mitteln nicht entsprechen. Deshalb möchte ich Sie um Annahme des Antrages Eberty bitten.

Abg. Eberty: Der Hr. Kommissar bezog sich auf den westphälischen Frieden. Der Abg. Waldeck sagte 1868: Vom jus reformandi kann keine Rede mehr sein; Stiftungen, wie das Domkapitel in Merseburg sind entschiedene Staatsinstitutionen und das Haus kann beanspruchen, bei der Verwaltung hinzugezogen zu werden. Der Abgeord. Reichensperger (Koblenz) stimmten diesen Ausführungen bei.

Der Antrag Eberty's wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Das Haus tritt darauf in die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs ein, den der Abg. Bernards mit 40 Mitgliedern des Zentrums, einschließlich des Abg. v. Gerlach eingebracht hat: Einziger Paragraph. Die von Kalendern, Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigeblättern bisher entrichtete Stempelsteuer wird vom 1. Juli d. J. an nicht ferner erhoben.

Abg. Bernards: Es ist eine alte Klage, die aus diesem Antrag wiedertönt, und ich hoffe, daß sie heute nicht vergebens erschallt. Von der Regierung wurde ein prinzipielles Bedenken gegen die Aufhebung des Stempels in den letzten Jahren nicht mehr erhoben, sondern stets nur auf die Finanzlage des Staates hingewiesen. So geschah es 1871; und bei der letzten Verhandlung im April 1872 wies der Finanzminister auf die Nothwendigkeit hin, zunächst die Steuererleichtung für die unteren Klassen herbeizuführen. Diese wird durch das neue Klassensteuergesetz definitiv. Der Ueberschuß des Jahres 1872 wird sich auf 20, vielleicht auf 25 Millionen Thaler belaufen. Wie leicht ist also der Ausfall der Zeitungs- und Kalendersteuer gedeckt. — In der gesammten Presse, der unabhängigen, wie der offiziösen, hat sich keine Stimme gegen die Aufhebung ausgesprochen. Aber unsere Regierung bedarf bisweilen eines kleinen Anstoßes und ihr Widerstand kann, wenn das Haus mit großer Einstimmigkeit eine prinzipielle Frage entscheidet und wiederholt votirt, überwunden werden. Im Jahre 1870 hat der Kalender- und Zeitungsstempel rund nur 999,000 Thlr. abgeworfen, gegenwärtig 1,200,000 Thlr. Ich bitte Sie, mit frischem Muth und guter Hoffnung an die Berathung dieses Gesetzes heranzugehen. Die Frage interessirt alle Parteien in gleichem Maße, die Steuer bildet eine Fessel, welche den Aufschwung unserer ganzen Presse lähmt Bei unserer so überaus günstigen Finanzlage ist es unmöglich, eine solche Steuer noch länger aufrecht zu erhalten. (Beifall).

Abg. Berger (Witten): Ich stelle den Antrag, das Datum der Aufhebung bereits auf den 1. April statt auf den 1. Juli c. zu setzen und bin überzeugt, daß der Finanzminister im innersten Herzen mit diesem Amendement einverstanden ist. Die Abschaffung einer Steuer auf Unterricht und Bildung diskutirt man nicht, man dekretirt sie. (Beifall.) Ihre Geschichte lehrt, daß sie das illegitimste Kind ist, das die Gesetzgebung jemals gezeugt hat. Entstanden 1810 zur Zeit der größten Finanznoth, reformirt im Jahre 1822, wurde sie aufgehoben am 1. Januar 1849 auf Grund des Artikel 24 der oktroyirten Verfassung. Nachdem die Revisionskammern den Art. 24 in die jetzige Fassung gebracht, wurde die Steuer am 16. Januar 1852 vom damaligen Finanzminister Bodelschwingh wieder eingebracht, einzig und allein auf Grund der schlechten Finanzlage des Staates. In die Kommissionssitzung, die über das Gesetz berieth und deren Vorsitzende der Abg. v. Bonin war, schickte der Ministerpräsident von Manteuffel den damaligen Chef des Preßbureaus Dr. Ryno Quehl. Dieser erklärte die Sache für eine eminent politische, die Zeitungsschreiber seien eine sehr bedenkliche Sorte, er habe selbst früher dazu gehört. Er war bekanntlich 1818 Redakteur des damals sehr radikalen „Danziger Dampfboots". Die Steuer wurde damals auf 120,000 Thaler veranschlagt und vom Hause mit der geringen Majorität von 153 gegen 113 Stimmen angenommen. Zu denen, die dagegen stimmten, gehörte der gegenwärtige Finanzminister Camphausen. (Hört!) Sie sehen also, daß die Abneigung gegen diese Steuer im Herzen des Finanzministers schon seit mehr als 20 Jahren schlummert und ich hoffe, er wird dieser Abneigung heute Ausdruck geben. (Heiterkeit.) Unter dem 6. März 1861 legte der Finanzminister v. Patow sodann einen Entwurf vor, der die Reform der Zeitungssteuer vom Jahre 1852 zum Zweck hatte. Auch er führte nur die finanzielle Lage des Staates als Motiv gegen die Aufhebung vor. Damals war schon die Zeitungssteuer von 120,000 Thlr. ganz gemüthlich auf 430,668 Thlr. gestiegen. Herr Geh.-R. Wagener, damals Chef der konservativen Partei, erklärte in der Plenarberathung wörtlich: „Der Theil der Reaktion, den ich repräsentire, ist niemals ein Freund dieses Gesetzes gewesen, wir haben dieses Gesetz stets bekämft." Wenn auch Herr Wagener gegenwärtig nicht mehr Chef der konservativen Partei dieses Hauses ist, hoffe ich doch, wird die letztere in dem nämlichen Geiste wie ihr damaliger Chef für die Aufhebung dieser Steuer stimmen. Herr von Vincke forderte damals die Aufhebung, weil namentlich der arme ungebildete Mann Zeitungen lesen müsse"; aber wie das in der Kammer der neuen Aera Regel war, er lehnte schließlich den Entwurf des Herrn von Patow nicht ab, sondern bewilligte ihn einfach „mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Landes." Aus diesem Blick auf die Vergangenheit der Zeitungssteuer werden Sie ersehen, daß dieselbe in der That das illegitimste Kind der Steuergesetzgebung ist. Aus den damals bewilligten 120,000 Thlr. sind jetzt 1,200,000 geworden, wie der Herr Antragsteller mittheilt, und der Herr Finanzminister hat den Ertrag dieser Steuer schon früher auf ein „kleines, rundes Milliönchen" geschätzt. — Nur in einem Sinne kann ich, und zu meinem Vergnügen, mit dem Herrn Vorredner nicht übereinstimmen. Im nächsten Jahre werden diejenigen, welche für Beibehaltung der Steuer stimmen, eine verschwindende Minorität bilden. Im nächsten Herbst kommt ja an uns alle der Augenblick heran, von dem es später heißen wird: afflavit elector et dissipati sunt. — Mit Bezug auf den finanziellen Punkt brauchen wir bei dem Ueberfluß an Geld, in dem wir schwimmen, die Frage nicht so ernsthaft zu ventiliren. Wenn der Herr Finanzminister 900,000 Thlr. weniger einnimmt, so ist das bei der Fülle an Geld gar nicht zu spüren, da er allein durch die Schuldentilgung von 22½ Millionen jährlich ½ Million an Zinsen erspart. Schließen Sie sich dem Antrag Bernards mit dem von mir vorgeschlagenen Termin an und Sie werden sich um Volksbildung und Volksunterricht verdient gemacht haben. (Beifall links.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich habe eigentlich gehofft, daß durch eine Erklärung vom Ministertische her jede Erörterung hier im Hause überflüssig werden würde. Ich habe mit Zuversicht gehofft, daß die Regierung erklären würde: wir werden selbst einen Antrag der Art einbringen oder den gestellten akzeptiren. Zu meinem Bedauern herrscht am Ministertisch ein tiefes Schweigen. Wir haben uns in der vorigen und gegenwärtigen Session bemüht, nach allen Seiten hin Erleichterungen zu machen, überallhin es empfinden zu lassen, daß die Verhältnisse unserer Finanzen besser geworden. Für die Presse ist nichts geschehen; das Preßgesetz besteht fort und wird in einer Weise gehandhabt, die ich nicht billigen kann. Die Auflagen sind dieselben, und wie der Abg. Berger soeben noch dargelegt hat, sehr gestiegen. Hat die Presse das verdient? Ich bin nicht blind gegen die Fehler der Presse, gegen ihre Ausschreitungen, aber ich habe die Ueberzeugung, daß diese Mängel und Ausschreitungen nur beseitigt werden können, indem wir die möglichste Freiheit herstellen. (Sehr wahr!) Die Gegensätze im politischen Leben sind überhaupt nur auszugleichen auf dem Boden der Freiheit; auf jedem andern Boden wird der eine den andern unterdrücken, je nachdem er die Gewalt hat und die Gewalt wechselt. Die Revision des Preßgesetzes kann hier nicht vorgenommen werden, das wird Aufgabe des Reichstags sein. Was hier vorgenommen werden kann, ist dasjenige, was in dem Antrage des Abg. Bernards enthalten ist. Die Steuer — das geht aus ihrer Geschichte hervor — ist aus finanziellen Gründen entstanden. Diese dauern nicht mehr fort. Bei einem Ueberschuß von 20 Millionen und bei dem Goldregen aus Frankreich wäre es thöricht, darauf sich berufen zu wollen. Es müssen also, wenn die Regierung ein so beharrliches Schweigen festhält, andere Gründe sein. Ich glaube in der That, es sind politische Gründe und vor Allem Gründe der Konkurrenz. (Sehr wahr!) Ich bin der Meinung, daß die Regierung in der Presse ihre Thätigkeit geltend zu machen hat. Ich billige deshalb vollständig, wenn die Regierung in der Presse sich vertreten läßt. Das muß aber so geschehen, daß das Jeder weiß, in diesem Organ spricht mit diesem Artikel die Regierung und es darf nicht geschehen in der Weise, daß man in Blättern, von denen der Leser glaubt, sie seien unabhängig, so einige Kuckukseier für die Regierung hineinlegt. Diese Einschmuggelung der Anschauungen der Regierung in solche Art Blätter bringt eine Verwirrung, eine Täuschung hervor, die ich einen öffentlichen Betrug nenne (Sehr wahr!). Ich habe daher früher der Regierung die Fonds für ihre Presse bewilligt: nachdem ich aber gesehen, daß man sich in einer von mir niemals zu billigenden Weise ein Maß von Geld verschafft hat, über das Niemand Rechnung gelegt wird, (Abg. Richter: Reptilienfonds!) und daß man dieses Geld braucht, um die Presse in einer Art zu handhaben, die man geradezu Korruption nennen muß, da habe ich die Bewilligung nicht mehr aussprechen können, und habe darüber nachgedacht, wie es möglich sei, dieser Art Vorgehen entgegenzutreten. Ich bin zu der Antwort gekommen, diesem Unwesen kann nur entgegengetreten werden, indem man die Presse frei macht von den Fesseln der Polizei und von dem Drucke, den die Finanzverhältnisse auf sie üben. Einem solchen Preßkonkurrenten gegenüber wie die Regierung sich der Presse gegenüber hingestellt hat, einem Konkurrenten gegenüber, wie er sich in neuer Gestalt entwickelt hat in der Assoziation des Kapitals, so daß man sagen kann, es giebt beinahe kein erhebliches Finanzgeschäft, welches nicht seine Blätter kauft und gründet und vermittelst dieser Presse in seinem Interesse in einer Weise arbeit, die nicht immer die Interessen des Volkes im Allgemeinen sind, solchen Konkurrenten gegenüber ist es nothwendig, daß wir, um nicht erdrückt zu werden, die Presse freimachen von der Polizei und von dem Finanzdruck. Nur dadurch wird es möglich sein, das unabhängige Blätter sich gründen, sich erhalten. Nur so können auch mit schwächeren Kräften die Minoritäten sich gegen überwältigende Majoritäten vertheidigen. Der Antrag hat also für mich wesentlich die Bedeutung, in dem großen, die Welt bewegenden Kampf der Geister für alle gleichen Wind, gleiche Luft und gleiche Sonne zu schaffen. Daneben hemmt aber in der That der finanzielle Druck die wirklich gute Entwickelung der Presse wesentlich. Wie unvortheilhaft steht die Presse bei uns in Bezug auf Papier und Druck gegen die Presse in Frankreich, Belgien und Oesterreich. In welcher beängstigenden Lage befinden sich so viele Männer, die ihre Kräfte der Presse widmen! Wer sich mit diesen Verhältnissen bekannt gemacht hat, weiß, wie schwer die Arbeit ist, welche diese Männer verrichten, wie sie vom Morgen bis in die tiefsinkende Nacht unaufhörlich thätig ihre Kräfte aufreiben, dennoch aber sicher nicht soviel verdienen, um ihre Existenz zu sichern. Sicher verdienen sie nicht einmal soviel, um für ihre kranken und schweren Tage, wo sie nicht mehr arbeiten können, zu sorgen nicht so viel, um ohne irgend welche Bekümmerniß auf das Loos der Ihrigen zu sehen, und doch werden wir darüber nicht zweifelhaft sein können, daß diese Männer vor Allen unsere Theilnahme verdienen. Sie sind die Volkslehrer im eminenten Sinne des Wortes — ich habe eigentlich etwas Bedenken es zu sagen, weil ich fürchte, der Kultusminister würde sie dann examiniren lassen wollen. (Heiterkeit.) Dieselben sind es aber doch in Wahrheit, und es muß uns daran liegen, daß diese Männer ein gutes Auskommen haben, damit sie nicht den Versuchungen unterliegen, welchen Jeder unterworfen ist der mit der Noth kämpft. In unserm Lande hat überhaupt zu meinem Bedauern es noch nicht dahin gebracht werden können, daß die Männer, welche die Presse vertreten, welche in derselben arbeiten, überall die Anerkennung und die soziale Stellung gefunden haben, welche ihnen unzweifelhaft gebührt, und welche ihnen in anderen freien Ländern gewährt wird. Darin liegt es zum Theil, daß wegen dieser nicht richtigen Stellung in materieller und sozialer Hinsicht so manche Ausschreitung in den Blättern vorkommt, die sicher nicht vorkäme, wenn die verschiedenen Arbeiter in der richtigen Lage sich befänden. So sehr ich, ich wiederhole das, auch geneigt bin, anzuerkennen, daß hier und da Ausschreitungen stattfinden, daß wir über dieses und jenes bei der Presse zu klagen haben, so haben wir, denke ich, uns doch auch zu vergegenwärtigen, was sie geleistet hat. Sie hat wesentlich beigetragen, die allgemeine Bildung zu fördern, sie hat vor allem es ermöglicht, daß in weiteren Kreisen das parlamentarische Leben eine tiefere Wurzel geschlagen hat; sie hat mit Unverdrossenheit unsere Verhandlungen dem Lande vermittelt, und, was ich noch höher anschlage, sie hat sehr oft unbarmherzig unsere Verhandlungen kritisirt, und das thut uns gut. (Sehr wahr! links Heiterkeit.) Dann hat außerdem die Presse in den Zeiten, wo das Vaterland in Gefahr gewesen ist, wesentlich dazu beigetragen, den Enthusiasmus des Volkes anzuregen, und ich denke, wenn nach allen Seiten hin von den Erfolgen, die wir errungen haben, Wohlthaten ausgestreut werden; dann ist es nothwendig, daß auch die Männer der Presse, welche zu diesem Resultate wesentlich beigetragen haben, endlich auch berücksichtigt werden. Aus allen diesen Gründen bin ich der Meinung, wir sollen wenigstens das Kleine thun, was wir heute thun können und diese Steuer aufheben. Ich hoffe noch jetzt, daß die Regierung das Schweigen brechen und sagen wird, es wird geschehen. (Beifall.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Der Standpunkt, von dem aus die Regierung sich dem Antrage gegenüberstellt, ist nicht sowohl ein politischer, als vielmehr der der allgemeinen finanziellen Rücksicht. Wir würden augenblicklich nicht in der Lage sein, wenn die Zeitungssteuer nicht bestände, Ihnen etwa aus politischen Rücksichten die Einführung dieser Steuer zu proponiren. Wir stellen die Beurtheilung darüber frei, ob die Einführung der Stempelgesetzgebung für Zeitungen überhaupt eine richtige Maßregel war oder nicht. Wir stellen uns auf den Standpunkt, daß sie augenblicklich existirt, daß sie einen Betrag von ungefähr einer Million abwirft und fragen uns, ist es zweckmäßig, ist es nothwendig, gerade schon in diesem Augenblick auf den Fortfall der Steuer hinzuwirken. In Bezug auf unsere finanziellen Zustände, glaube ich, geben wir uns nach manchen Richtungen gewissen Illusionen hin, nach manchen Richtungen hin beruhigen wir uns mit Maßregeln, die wir einstweilen zur Abhilfe bestehender Nothstände ergriffen haben, ohne uns klar zu werden, daß das nur die Anfänge von viel größeren Bedürfnissen sind, die nach und nach eintreten. Ich glaube also, daß, wenn man in einem Jahre einen Ueberschuß von 20 Millionen gehabt hat, daraus keineswegs hervorgeht, daß diese Ueberschüsse jedes Jahr im Betrage von 20 Millionen bleiben werden. Und von Jahr zu Jahr haben wir uns überzeugen müssen, daß Alles, was wir für Beamte, für Lehrer, für sonstige Bedürfnisse des Staates thun, wirklich vor der Hand nur Anfänge sind, und daß, um befriedigende Zustände herbeizuführen, noch ganz andere Summen gehören werden, als diejenigen, die mit Zustimmung des Landtags in der diesmaligen Session bewilligt worden sind. Ich erinnere an ein Bedürfniß, das mein Ressort wesentlich berührt, das sind die Bauten, welche wir rückständig haben, der Mangel an öffentlichen Gebäuden, die würdig sind, den Zwecken zu dienen, zu denen sie bestimmt sind. Es werden da noch Summen in Frage kommen, die vielleicht erschreckender sind, als Sie sich im Augenblick vorstellen. Ist es nun aber richtig, eine Steuer abzuschaffen, welche nach der Ansicht der Staats-Regierung nicht drückend ist? Ich lasse die Argumente, die dafür angeführt worden sind, daß die Abschaffung dieser Steuer ein dringendes Bedürfniß sei, doch nicht vollständig gelten. Also erstlich sagen Sie, auf dem ganzen Gebiet der Steuergesetzgebung gäbe es kein solches Monstrum wie die Stempelsteuer für die Zeitung, sie sei das illegitimste Kind. Ja, illegitime Kinder können noch sehr unbequem werden (große Heiterkeit), aber man hat deshalb kein Recht, sie aus der Welt zu schaffen (Heiterkeit.) Wenn Sie sagen, die Presse meine einstimmig, die Stempelsteuer müsse abgeschafft werden, so gebe ich das zu. Das Feuer in dieser Beziehung kommt aus dem Zentrum und von beiden Flügeln, „Kreuzzeitung", „Germania", demokratische Blätter (oho! links, Ruf: liberale Blätter!) also auf der ganzen Linie. Das erinnert mich nur daran, daß Jemand vor Jahren im Hohen Hause oder in der Presse gesagt hat: ja, die Presse, wenn es sich darum handelt, ultrakonservative oder gemäßigte oder demokratische Presse, so ist sie immer vielmehr Presse, als ultrakonservativ, demokratisch oder sonst etwas". Diese Rücksichten haften an der Presse und können auf politische Entscheidungen nicht von Wirksamkeit sein. Ist es aber richtig, daß die Steuer, da sie einmal besteht, nicht drückend ist, daß sie nicht zu denen gehört, zu deren Fortschaffung ein augenblickliches und dringendes Bedürfniß vorliegt, dann darf die Regierung Sie nur ersuchen, vor Annahme des Antrages die Sache zu überlegen und mit einer gewissen Vorsicht zu verfahren. Weiter wünscht die Regierung von Ihnen nichts. Sie hält es für zweckmäßiger und vorsichtiger, die Abschaffung der Steuer jetzt noch nicht zu verlangen. Und fragen Sie mich, warum ich diese Erwägungen ausspreche, und nicht der Finanzminister, so will ich damit zeigen, daß diese Erwägungen nicht nur vom Herrn Finanzminister, sondern vom ganzen Staatsministerium ausgehen, welches Ihnen anräth, bei Fassung Ihres Antrags vorsichtig zu sein. (Beifall rechts.)

Abg. Reichensperger (Koblenz): Wenn es in der That finanzielle Bedenken sind, welche die Regierung gegen den Antrag Bernards einnehmen, so bleibt es trotz der bezüglichen Bemerkung des Ministers wunderbar, daß er und nicht der Finanzminister sie geltend macht. (Sehr richtig!) Ich möchte deshalb noch bescheidene Zweifel an der Richtigkeit dieser Motive hegen. Der Minister sprach von einer Ver-

(Fortsetzung in der Beilage.)

besserung der Lage der Beamten und Lehrer; mir fiel dabei ein, daß wir immer vom Ministertisch ermahnt werden, nicht voreilige Hoffnungen im Volke zu erregen; der Minister hat diese Mahnung diesmal wohl selbst nicht beherzigt. Wenn er aber wirklich die Absicht hat, die Lage der Beamten und Lehrer zu verbessern, so werden wir ja gewiß nichts dagegen haben, aber ich möchte doch daran erinnern; daß es endlich an der Zeit ist, etwas für das Volk zu thun. Die Kalender- und Zeitungssteuer lastet aber sehr schwer gerade auf den untern Klassen des Volkes. Denn ein Kalender ist auch dem Niedrigsten unentbehrlich, so unentbehrlich fast, wie das Salz. Ich wünsche eine loyale Konkurrenz in der Presse, die jetzt nicht existirt, denn jetzt wird ein großer Theil derselben aus unbekannten Fonds gefüttert. Deshalb stimme ich für den Antrag Bernards.

Abg. Dr. Braun (Waldenburg): Aus der Rede des Ministers habe ich ein Nein für immer nicht vernommen. Abgesehen von dem Aperçu über die illegitimen Kinder, das wohl als geistreiche Bemerkung, weniger als Argument Werth hat, machte mir seine Rede vielmehr einen unbestimmten Eindruck, den Eindruck einer dilatorischen Behandlung der Frage, wie sie einem Benedetti gegenüber am Platze sein mag, aber nicht gegenüber der Volksvertretung, die durch ihr Votum zeigen wird, daß sie nicht gesonnen ist, sich dergleichen gefallen zu lassen. Der Minister hat uns gesagt, einführen würde die Regierung die Steuer nicht, aber sie wolle sie nicht abschaffen, nachdem sie einmal bestände. Das ist denn doch ein zu starkes Betonen des Gesetzes der Trägheit, und wenn das fortgesetzt wird, wird sich das Volk zu der pessimistischen Ansicht bekennen: Alles was besteht ist werth, daß es zu Grunde geht! (Sehr richtig!) Der Minister hat ferner gesagt, wir sollten uns nicht Illusionen über unsere Finanzen hingeben; nun, das thun wir auch nicht, wir haben weder optimistische noch pessimistische Illusionen. Hätten wir uns zur Zeit des Defizitschrekens von den letzteren umrennen lassen, wir hätten heut ein Dutzend neuer und drückender Steuern mehr. Wir sind aber auch nicht zu optimistisch; wir halten uns einfach an die Thatsache, daß der Staat augenblicklich eine großartige Schuldentilgung vornimmt, an die Thatsache, daß er dann noch 7½ Millionen Ueberschuß übrig behält an die Tatsache, daß bei der Finanzlage des Reichs Matrikularumlagen nicht zu erwarten sind, an die Thatsache, daß unser Staat weitaus die blühendsten Finanzen hat, so daß wir statt von Schuldentilgung lieber sprechen sollten von Kapitalanhäufung. (Sehr gut!) Und auf Grund dieser Thatsachen verlangen wir die Aufhebung der Zeitungssteuer. Der Minister hat von einer Gehaltsaufbesserung der Lehrer gesprochen, bekanntlich einer sehr populären Sache, aber wenn er sie hier nur vorbringt, um die gerechteste Forderung von der Welt abzuweisen, so scheint mir das doch ein Mißbrauch der Popularität (Zustimmung), die Männer der Presse sind auch Lehrer des Volks. Oeffentliche Bauten werden immer nothwendig sein, aber sie werden nicht in einem Jahre, sondern successive gebaut. Mich erinnert dies Argument des Ministers an die Aeußerung eines hiesigen, bekannten Volkswirths: Wenn ich besseres Pflaster in Berlin haben will, muß ich mir einen Hund halten, denn der Ertrag der Hundesteuer wird zur Verbesserung des Pflasters benutzt. (Heiterkeit.) Der Minister sagt, die Steuer sei nicht drückend, aber die Techniker, die es am Ende doch wissen müssen, sagen, sie sei ganz außerordentlich drükkend. Jedenfalls erfordert sie bei einer Zeitungsgründung von vornherein ein so großes Kapital, daß große Minoritäten im Volke sich deshalb in der Presse gar nicht vertreten lassen können. Der Minister sagt ferner, die Presse der verschiedensten politischen Richtungen sei in erster Reihe Presse und erst in zweiter konservativ, liberal, demokratisch u. s. w. Das ist in gewissem Sinne richtig; aber die Regierung hat selbst diese Solidarität der Presse hervorgerufen, indem sie alle Blätter in gleicher Weise zu Leidensgenossen gemacht hat. Es ist ja unbestreitbar, daß das Preßgesetz und die Zeitungssteuer aus einer Zeit stammen, in welcher man die Presse von oben mit sehr mißgünstigen Augen betrachtete. Aber die Presse hat gezeigt, daß sie dieses Mißtrauen nicht verdient hat; während der großen Krisen der letzten Jahre haben sich keine deutschen Zeitungen so patriotisch, so opferwillig und so klug gezeigt, wie gerade die preußischen. (Sehr gut!) Lesen Sie doch die Vorrede zu dem Rapport militaire des Oberst Stoffel! Dort wird erzählt, wie die französische Presse während des Krieges ihr Parteigezänk nicht unterlassen, wie sie in unvorsichtigster Weise militärische Nachrichten verrathen, wie sie es vorgezogen habe, den Kampf Aller gegen Alle zu schüren anstatt des gemeinsamen Kampfes gegen den gemeinsamen Feind. Diesem abschreckenden Bilde stellt der Verfasser dann die preußische Presse gegenüber. Er rühmt ihr nach, daß sie während des Krieges alle inneren Differenzen vertagt, daß sie einmüthig den Erfolg der deutschen Waffen gepriesen, daß sie jede Nachricht unterdrückt habe, wenn sie nur im Geringsten Anlaß gehabt habe, zu glauben, daß die Veröffentlichung derselben der deutschen Sache schaden könne. Und Angesichts dieses Urtheils des Auslandes sollen so komische Antiquitäten, wie diese Zeitungssteuer konservirt, sollen die Scherereien und Quälereien gegen die Presse, wie Herr v. Vincke einmal die Maßregelungen der öffentlichen Meinung durch Scherer und Quehl nannte, fortgesetzt werden! (Sehr gut!) Wenn Sie Kriegsdotationen geben, so vergessen Sie vor Allem nicht die Presse. Herr Windthorst sprach von einem Redakteur-Examen, ich weiß nicht, ob er es hofft oder fürchtet, ich glaube das Letztere. Aber das ist wirklich nicht nöthig. Die Herren examiniren sich schon untereinander scharf genug und dann haben sie eine große und sehr strenge Prüfungsbehörde im Publikum. Eine besondere Exkommunikationskommission ist wirklich überflüssig (große Heiterkeit); ich meine Examinationskommission. Halten wir uns doch an den Leitfaden der Geschichte! Friedrich der Große schrieb in einer Kabinetsordre: Gazetten dürfen nicht genirt werden; die Verfassung schrieb vor 25 Jahren: Gazetten sollen nicht genirt werden; wir müssen heute sagen: Gazetten können nicht genirt werden. (Sehr gut!) Unsere Macht reicht nicht aus, die öffentliche Meinung, die sich in der Presse verkörpert, zu unterdrücken; deshalb ist es besser, mit ihr Frieden zu machen. Wir können sie nicht bewältigen; deshalb thun wir klüger, sie nicht erst zu reizen und von vorn herein die Milch der frommen Denkungsart in gährend Drachenblut zu verwandeln. Wie steht es denn auch mit der offiziösen Presse? Ich bin in die Geheimnisse der Reptilienfonds nicht eingeweiht, aber es steht doch fest, daß er benutzt wird zu Preßagitationen. Da giebt die Regierung mit einer Hand diesen Blättern und mit der anderen nimmt sie ihnen. Ich werde für den Antrag Bernards und auch für das Amendement Berger stimmen; ich bitte Sie, stimmen Sie für den Gesetzentwurf und nicht für die Resolution; Resolutionen haben wir schon gefaßt, mehr als nöthig. (Lebhafter Beifall.)

Der Finanzminister: Ein Vorredner hat an ein Votum erinnert, das ich vor mehr als zwanzig Jahre abgegeben habe; wenn ich in der Lage wäre, würde ich heute genau ebenso stimmen. Die Regierung würde Ihnen jetzt unter keinen Umständen die Zeitungssteuer proponiren, aber es sind zwei wesentlich verschiedene Dinge, eine Steuer einführen und eine Steuer aufheben. Zu letzterem gehört die Zustimmung aller drei Faktoren der Gesetzgebung und ich lasse dahin gestellt sein, ob das andere Haus dem Antrag Bernard's zustimmen wird. Für mich ist die erste Erwägung, welche der bestehenden Steuern am drückendsten ist und ich muß daran erinnern, daß ich in meiner vom Abg. Bernard theilweise verlesenen Erklärung vom 20. April 1872 ausdrücklich gesagt habe, daß ich vor Zustandekommen des Klassensteuerreformgesetzes eine Aufhebung der Zeitungssteuer für völlig ungerechtfertigt halte; diese Vorbedingung ist auch heute noch nicht erfüllt (Oh! Oh!); das Steuergesetz hat noch nicht alle Instanzen durchgemacht. Es ist ferner erinnert worden an den Ueberschuß von 20 Millionen. Dem gegenüber erinnere ich daran, daß wir die Mehrausgabe im Ordinarium des Etats von 1873 um mehr als zwölf Millionen gesteigert haben. Daraus ziehe ich nicht den Schluß; daß es unmöglich sei, für 1873 und vielleicht auch für die folgenden Jahre auf die Einnahme aus der Zeitungssteuer zu verzichten. Was sollte das für ein Finanzminister sein, der davor zurückschrickt, wenn ihm in einem Jahre 600,000 Thlr. — oder nach dem Berger'schen Amendement 900,000 Thlr. — entgingen, auf die er gerechnet hatte! Solche Kleinigkeiten haben wirklich keinen Einfluß auf unsere Finanzlage. (Hört!) Aber wenn Sie jetzt dekretiren wollen: „wir heben die Zeitungssteuer auf", so heben Sie für alle Zukunft eine Einnahmequelle auf. Da leugne ich nun nicht, daß es noch näher liegende Bedürfnisse zu befriedigen geben kann, als die Aufhebung dieser Steuer sein würde. Erinnern Sie sich doch, daß wir neuerdings den Staatshaushalt unter Ihrer vollen Zustimmung mit vier Millionen Thaler dauernder Ausgaben für die Provinzialfonds und die Kreisordnung belastet, daß wir große Mehrbewilligungen für das Schulwesen, für Unterrichtszwecke u. s. w. gemacht haben. Aus alledem ziehe ich nicht den Schluß, daß ich unbedingt den Satz hinstelle: auch wenn es der Wille der Landesvertretung ist, diese Steuer aufzuheben, kann die Regierung absolut nicht zustimmen, aber ich kann die Situation auch keineswegs so angethan finden, daß uns nun plötzlich hier zugemuthet wird, ehe noch andere dringendere Zwecke sichergestellt sind, dauernd auf die Steuer zu verzichten. Ich schließe mich dem Rathe meines Kollegen an, daß Sie die Sache mit Vorsicht und reiflicher Ueberlegung betreiben mögen.

Abg. Richter (Hagen): Ich hätte am wenigsten erwartet, daß der Finanzminister aus finanziellen Gründen sich gegen den vorliegenden Antrag erklären würde. Er hat nämlich zu erwähnen unterlassen, daß von unseren 12 Millionen Ueberschüssen, 7¾ Millionen zu außerordentlichen Schuldentilgungen verwendet werden sollen; also sollten wir selbst in künftigen Jahren 7¾ Millionen weniger an Einnahmen haben, so brauchten wir nur von der außerordentlichen Schuldentilgung abzusehen und hätten immer noch hinreichende Mittel zu Bau-, Provinzial-, Kreis- und Schulzwecken. Die Reichsfinanzen befinden sich übrigens in gleich günstiger Lage, wir haben aus den Zöllen allein 12 Millionen Thaler Ueberschüsse, und werden, so weit wir die Sachlage jetzt übersehen können, ein Plus von mehr als 15 Millionen im Ganzen haben. (Hört! Hört!) Es muß außerdem erwähnt werden, daß die Einnahmen des Januars dieses Jahres bereits beträchtlich die des Vorjahres aus demselben Monate übersteigen, daß also vorläufig an Mindereinnahmen nicht zu denken ist. Nun hat der Finanzminister die Stellung des Herrenhauses zu dem Klassen-, Schlacht- und Mahlsteuergesetz und zu dieser Vorlage in sehr unglücklicher Weise in Zusammenhang gebracht, und so gewissermaßen dem Herrenhause eine Prämie für die Ablehnung des Klassensteuergesetzes zugesagt. Ich höre aus alledem nur das Nein der Staatsregierung heraus. Dies beweist für mich, daß das Ministerium Bismarck-Roon sich zu schwach fühlt, mit einer freien Presse zu regieren. (Große Unruhe rechts und Zustimmung links).

Hiermit ist die erste Lesung geschlossen. Nachdem der Antragsteller auf das Wort verzichtet und das Haus die Verweisung der Vorlage an eine Kommission abgelehnt hat (dafür nur die Rechte) wird sofort in die zweite Berathung getreten. In derselben ergreift nur das Wort der

Abg. v. Gottberg: Es ist eine eigenthümliche Art und Weise, die Finanzen zu behandeln, wenn man gestern das Etatsgesetz definitiv annimmt und heute eine sehr bedeutende Einnahme desselben Budgets absetzt. Es ist meiner Partei nie eingefallen diese Steuer mit politischen Gründen zu vertheidigen, sondern wir sind gegen ihre Beseitigung gewesen, weil die Regierung aus finanziellen Gründen sie nicht entbehren zu können glaubte. Diesen ex abrupto gestellten Antrag kann ich nicht billigen, würde aber ebenfalls einer Resolution beistimmen, in der die Absetzung der Steuer für das nächste Jahr empfohlen würde. Weil nun der Finanzminister zur Zeit nicht auf die Steuer verzichten kann, gleich sagen, das Ministerium Bismarck-Roon sei zu schwach, mit einer freien Presse zu regieren, das scheint mir denn doch übertrieben. Daß in Preußen die Presse frei ist, ist doch zweifellos. (Lebhafter Widerspruch.) Sie befindet sich im Zustande völliger Freiheit (wiederholter Widerspruch), denn diese Steuer hindert doch keinen Menschen, zu drucken, was er will. Herr Braun hat auf die patriotische Haltung der Presse während des Krieges hingewiesen, nun, ich glaube, es wäre eine Beleidigung für unsere Presse gewesen, von ihr eine andere Haltung nur zu vermuthen (Beifall rechts) aber diese Haltung hat das gesammte Volk bewahrt, ohne dafür eine Belohnung zu beanspruchen, wie sie Herr Braun der Presse zu Theil werden lassen will. Derselbe Abgeordnete hat diese Steuer eine komische Antiquität genannt, wir haben noch mehr solcher Antiquitäten, die ihm vielleicht komisch vorkommen werden. Ich denke meinestheils dabei an die Grundsteuer, nur mit dem Unterschiede, daß dabei unsern Bauern gar nicht komisch, sondern sehr ernst zu Muthe. Bestechungen der Presse, auf die Herr Braun angespielt hat, werde nach wie vor Aufhebung der Steuer vorkommen; wie ich denn auch überzeugt bin, daß nachher die Zeitungen nicht um einen Silbergroschen billiger, noch ihr Papier oder ihr Inhalt besser werden wird (Gelächter.)

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der einzige Paragraph der Vorlage mit 202 gegen 123 Stimmen angenommen. (Dagegen die Konservativen und Freikonservativen; Abg. Rickert hat sich der Abstimmung enthalten). Abg. Berger hat, um auf den Hauptantrag eine möglichst große Anzahl von Stimmen zu vereinigen, vor der Abstimmung sein Amendement zurückgezogen.

Damit ist die zweite Berathung des Gesetzes erledigt, worauf das Haus um 3¼ Uhr die Vertagung beschließt.

Der Präsident setzt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, Freitag 11 Uhr, die dritte Berathung des Klassen- so wie des Schlacht- und Mahlsteuer-Gesetzes, ferner eine große Anzahl kleinerer Vorlagen, und endlich als letzten Gegenstand die zweite Berathung des Entwurfs, betreffend die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen.

Abg. Windthorst (Meppen) beantragt den letzten Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen, da er es für unzuläßig hält, in die Berathung der betreffenden Vorlage einzutreten, ehe die Verfassungsänderung durch den König publizirt ist.

Abg. v. Kardorff glaubt nicht, daß Berathungen von Gesetzen, welche die Regierung selbst eingebracht hat, die Entschließungen der Krone irgendwie beeinflussen könnten. Die Bedenken des Vorredners könnten allenfalls für die dritte Berathung Platz greifen, die Zuläßigkeit von vorbereitenden Schritten, um die es sich hier handele, sei ihm nicht zweifelhaft. Zudem sei die Zeit des Hauses durch den am 12. März anstehenden Zusammentritt des Reichstags aufs Aeußerste bedrängt.

Kultusminister Falk: Die Bedeutung der Angelegenheit rechtfertigt es, daß ich in einer in erster Reihe das Haus berührender Frage einzutreten Veranlassung nehme. Ich habe wiederholt Gelegenheit gehabt zu erwähnen, die Regierung wünsche vor dem Schlusse der Session die vollständige Erledigung der kirchlichen Vorlagen herbeigeführt zu sehen. Sie hegt die Besorgniß, daß dies schwerlich geschehen wird, wenn sie der Auffassung des Abgeordneten Windthorst zustimmen. Der einzige Ausweg wäre sodann, die Verlängerung der Session, bis weit in den Sommer hinein, was Sie jedenfalls für ein Uebel halten werden, ohne daß ich auszuführen brauchte, warum. Dieses Uebel kann nur durch den baldigen Eintritt in die Debatten vermieden werden, dem meiner Meinung nach nichts entgegen steht. Nach meiner Auffassung bleibt die Verfassung gewahrt, insofern diese Gesetze nicht eher publizirt werden, als bis die legale Publikation der Verfassungsänderung erfolgt ist. Ich bin ermächtigt, zu der bestimmten Erklärung, daß die Regierung nicht früher zur Publikation der Gesetze über die Vorbildung der Geistlichen und über die Disziplinargewalt über dieselben schreiten wird als bis die Verfassungsänderung die Zustimmung aller gesetzgebenden Faktoren erhalten haben wird. Sie mögen zur Sicherstellung einen Paragraph dieses Inhalts in jene beiden Gesetze einschalten. Wie das Herrenhaus sich zur Verfassungsänderung stellen wird, kann ich allerdings nicht wissen, aber das weiß ich, daß die Krone, falls die Aenderung die Zustimmung des Herrenhauses erhält, dieselbe vollziehen wird. (Beifall links.)

Der Antrag Windthorst auf Absetzung des letzten Gegenstandes der morgigen Tagesordnung wird hierauf abgelehnt. (Für denselben Zentrum, Polen und ein Theil der Konservativen). Das Gesetz, betreffend die Vorbildung der Geistlichen bleibt also auf der Tagesordnung. Schluß 4 Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 7. März.

r. Bei Gelegenheit der gestrigen Beschlagnahme des „Kur. Pozn." sind in dem Redaktionslokale, sowie in der Privatwohnung des Redakteurs Recherchen nach dem Manuskript des erzbischöflichen Rundschreibens angestellt worden.

r. **Im Handwerkerverein** gab am Dienstage Hr. Direktor Harth aus Berlin eine Vorstellung von zahlreichen und gelungenen Experimenten aus dem Gebiete des Galvanismus. Zu den Versuchen wurde eine außerordentlich kräftige Batterie von 70 Eisen-Zink-Elementen benutzt. Der Vortragende wies zunächst die Hitze, welche der galvanische Strom erzeugt, nach, indem er denselben durch dünne Dräthe verschiedener Metalle hindurchgehen ließ, welche dadurch sofort geschmolzen wurden; auch gelang es ihm, mit Hilfe des Stromes eine Kerze anzuzünden. Es wurde alsdann die Leuchtkraft des elektrischen Lichtes dadurch nachgewiesen, daß jedes andere Licht, selbst Gasflammen, Schatten warfen; auch wurde durch eine geeignete Vorrichtung mittelst des galvanischen Stroms Kohlenlicht im Wasser erzeugt. Einen sehr schönen Anblick gewährten die Glüh-, Schmelz- und Verbrennungsversuche, die mit verschiedenen Metallen angestellt wurden; auch gelang es, mittelst eines Stahldrathes, durch welchen der Strom hindurchgeleitet wurde, Holz zu durchschneiden. Es wurde alsdann mit Hilfe des galvanischen Stromes ein Elektromagnet von außerordentlicher Tragkraft hergestellt. Viel Heiterkeit erregte der Kampf mit den feuersprühenden Schwertern, wobei der eine der Kämpfer durch einen Isolirgriff gegen die Wirkungen des galvanischen Stroms gesichert war, während der andere bei jeder Berührung der beiden Schwerter um so empfindlichere Schläge davontrug. Die Verwendung des galvanischen Stromes als treibende Kraft wurde an einer elektromagnetischen Bewegungsmaschine nachgewiesen. Die Zersetzung von Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff erfolgte mittelst des kräftigen Stromes in sehr kurzer Zeit; das erzeugte Knallgas wurde angezündet. Auch wurde die Anwendung des Stromes zum Telegraphiren und zum Minensprengen durch Versuche erörtert. Der Vortragende leitete alsdann den galvanischen Strom in Wasser, und wies nach, wie sich derselbe auch diesem mittheilt, worauf bekanntlich die Anwendung des Galvanismus als heilende Kraft bei Bädern beruht. Mittelst zweier Elemente wurde ein Induktions-Apparat in Thätigkeit gesetzt, und zum Schluße dann mittelst sämmtlicher Elemente eine brillante elektrische Sonne dargestellt. — Sonnabend den 15. März soll ein geselliger Abend mit Tanz stattfinden.

r. **Der Tygodnik katolicki** hadert zuweilen sogar mit dem „Kuryer Pozn.", dem politischen Organe der Ultramontanen: Er verargt es demselben sehr, daß er keine der Reden, welche die deutschen Abgeordneten: Mallinkrodt, Reichensperger, Gerlach, Stroßer 2c. zur Vertheidigung der angeblich bedrohten katholischen Kirche gehalten, ausführlich bringe; es sei dies ein großer Nachtheil für die polnischen Katholiken, da sie bisher noch aus keiner der polnischen Zeitungen hätten ersehen können, mit welcher Kraft der Ueberzeugung, mit welcher Vielseitigkeit die deutschen Katholiken Glauben und Kirche vertheidigen, während die polnische Fraktion, seitdem sie sich in den Dienst des Liberalismus (!?) begeben, vor der katholischen Welt unser Großherzogthum durchaus nicht in seinem katholischen Charakter darstelle. „Wenn der „Kuryer Pozn." behaupte, ihm fehle der Platz dazu, jene Reden ausführlich zu bringen, so möge er nur bedenken, daß er sehr viel Platz der Besprechung der Bühne einräume, sehr viele Mittheilungen über die jungen „Priesterinnen der nationalen Bühne," auch eine Maße Anekdoten und Stadtneuigkeiten bringe, die hellblauen und rosenfarbigen Toiletten auf den Bällen bewundern 2c.; man erkenne daraus, daß dem „Kuryer Pozn." durchaus die einheitliche Redaktion fehle." Der krakauer „Kraj" bestätigt allerdings das Letztere, indem er sagt, die eigentliche Seele des „Kuryer Pozn." sei Prälat Koźmian, der nominelle Chef-Redakteur habe früher als Freigeist gegolten (neuerdings hat er allerdings die Vertrauensadresse der polnischen Adligen an den Erzbischof mit unterzeichnet); die Mitarbeiter seien: 2 Kalvinisten und ein Radikaler, während der Verleger dem mosaischen Glauben angehöre. Der „Tyg. katol." wünscht daher eine einheitliche Leitung des „Kuryer" im Geiste Koźmians.

r. **In Oberschlesien** sind bekanntlich in neuerer Zeit öfters katholische Geistliche wegen Verbreitung von polnischen Uebersetzungen Bolanden'scher Broschüren von den dortigen Gerichten zu Gefängniß- oder Geldstrafen verurtheilt worden. Wie der „Katolik" mittheilt, wollen die dortigen Rechtsanwälte, auch wenn sie selbst katholisch sind, nicht mehr solche Geistliche vertheidigen. So z. B. fand Propst Wider in Beuthen keinen Advokaten, selbst der Rechtsanwalt Wrzodek, obwohl Katholik und dem Namen nach Pole, weigerte sich unter irgend einem Vorwande, den Probst zu vertheidigen. Der bekannte Geistliche Dr. Florencourt, Redakteur der „Schles. Volksz.", angeklagt der Beleidigung von Beamten in Bezug auf deren Verhalten bei den letzten Wahlen, war genöthigt, sich in Oppeln selbst zu vertheidigen. Der „Katolik" knüpft an diese Mittheilung die Aufforderung, falls derartige Rechtsanwälte bei den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhause oder Reichstage als Kandidaten auftreten, möchte das katholische Volk sich dieses Verhaltens der Rechtsanwälte erinnern.

r. **Einem hiesigen Stabsarzt**, Herrn Dr. Hirschberg war während des Feldzuges 1870—71 in Orleans ein kostbares chirurgisches Besteck im Werthe von 120 Thlr. gestohlen worden. Nachdem er der militärischen Behörde davon Anzeige gemacht, hatte er seitdem alle Hoffnung aufgegeben, jemals wieder in Besitz des Bestecks zu gelangen. Vor wenigen Tagen ist ihm nun sein abhanden gekommenes Eigenthum wieder zugestellt worden. Die französische Polizeibehörde in Orleans nämlich fand vor einiger Zeit bei Gelegenheit einer dortigen Haussuchung ganz zufällig auch jenes Besteck, und schloß ganz richtig, daß dasselbe einem preußischen Militärarzte angehört haben müsse, indem der Name des Fabrikanten, eines bekannten breslauer Chirurgisten, in dem Bestecke angegeben war. Dasselbe wurde der preußischen Militärbehörde übersandt, und gelangte auf diese Weise in die Hände seines rechtmäßigen Besitzers. Die Instrumente waren vollzählig und unversehrt; nur an dem einen großen Secirmesser waren deutliche Spuren vorhanden, daß dasselbe zum Schneiden von Fleischwaaren benutzt worden war.

⅍ **Verhaftet** wurde ein 13jähriger Gymnasiast von außerhalb, welcher vom Gymnasium entlaufen war, sich mittellos umhertrieb und demnächst zur See gehen wollte; ferner ein 14jähriges Mädchen aus Rattaj (bei Posen), welches einen Wäscheboden auf der Wallischei ausgeräumt hatte und denselben eben verlassen wollte.

⅍ **Diebstähle.** Gestohlen wurden in einem Laden einer dort kaufenden Dame vier Kassenanweisungen à 10 Thlr.; und aus unverschlossener Küche eines Hauses in der Gartenstraße ein Paar Stiefel, welche ein Kanonier dort zurückgelassen hatte. Hinter den Steinmetzarbeiten auf dem Kämmereiplatz hinter den Brotbänken wurde am Donnerstage ein Bündel feuchter Wäsche gefunden, welche offenbar gestohlen war.

— **Polizeibericht.** Verloren: eine goldene Broche. Gefunden: eine Stange Schmiede-Eisen, 2 Maurer-Kellen, 1 Maurerhammer, 1 Brille nebst Futteral.

ϱ **Schroda**, 5. März. [Fourage. Gesinde. Wochenmärkte.] Wie bekannt, wird den Dominien und Gemeinden für die Lieferung der Fourage in Friedenszeiten nach der Verordnung vom 7. Nov. 1867 nur der Martini- resp. kurrente oder monatliche Durchschnittsmarktpreis aus der Staatskasse erstattet, während sie selbst oft einen höheren Preis bezahlen müssen. Unsere Kreisstände haben nun auf dem Kreistage am 16. Dez. 1872 zur Hebung der hierdurch entstehenden Unbilligkeiten beschlossen, die Differenz auf den Kreis-Kommunalfonds zu übernehmen resp. zu vergütigen. — Seit vielen Jahren war die Ziehzeit des ländlichen Gesindes und der nicht zum Gesinde gehörigen Kreisleute (Komorniks) der 23. April. Durch Verfügung der k. Regierung vom 25. Juli 1871 wurde der 2. April als der gesetzliche Ziehtermin des ländlichen Gesindes bezeichnet und festgestellt. Im Jahre 1872 haben

nun aber viele Dominien nicht nur das Gesinde-, sondern eben auch die Komorniks am 2. April des Dienstes entlassen, während andere Dienstherrschaften dies erst am 23. April gethan haben. In diesem Jahre werden sich dieselben Uebelstände wiederholen, wenn es nicht Gebrauch und Sitte wird, den 2. April nicht blos für das Gesinde, sondern auch für die Komorniks, als Ziehtag allerwärts festzuhalten. Das hiesige Landrathsamt hat nun im allgemeinen Interesse darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Annahme des Gesindes, so wie der Komorniks von vornherein der 2. April als Ziehtag vereinbart wird, und haben sich auch viele Besitzer damit einverstanden erklärt. — Die hiesigen Wochenmärkte haben sich seit 3 Monaten bedeutend gehoben und die Zufuhr an Getreide und andern Produkten ist sehr stark, so daß die zu Markte kommenden Fuhren kaum auf dem alten Marktplatze Raum finden. Gleichwohl sind die Preise zu enormer Höhe gestiegen, da Aufkäufer aller Art aus den umliegenden Städten den hiesigen Ort an den Markttagen förmlich überfluthen und die aufgekauften Viktualien nach Posen, Berlin ꝛc. fortführen.

Uscz, 4. März. [Geselliger Verein. Schulangelegenheit.] Ein im Dezember v. J. hierorts gegründeter Geselliger Verein, der an den einzelnen Vereins-Abenden recht hübsche musikalische und andere Vorträge zum Besten gab, mußte kaum nach 3monatlichem Bestehens wegen zu lauer Betheiligung und Mißhelligkeiten aufgelöst werden. — Durch die Vergrößerung der Glashütte in Neufriedrichsthal und den dadurch herbeigeführten fortwährenden Zuzug von Glasarbeitern wird die hiesige ev. Schule so mit Kindern überfüllt, daß in nächster Zeit entweder eine 3. Klasse, oder eine Hüttenschule, wie früher, errichtet werden muß. Ein Schulgebäude ist noch in Neufriedrichsthal vorhanden.

Unberechtigte Angriffe auf den Minister Grafen von Königsmarck.

Die Nachmittagsausgabe der Posener Zeitung vom 6. März c. bringt an hervorragender Stelle einen Artikel über die Kanalverbindung der Oder und Warthe, in welchem der frühere Oberpräsident der Provinz Posen, jetziger Minister der Landwirthschaftlichen Angelegenheiten Graf von Königsmarck, wegen des an den Magistrat zu Lissa erlassenen Bescheides vom 20. Februar angegriffen wird.

Dieser Angriff ist ungerechtfertigt und beruht auf Nichtkenntniß der bestehenden Ressortverhältnisse.

Die nachfolgende Darstellung wird dies klar legen, und darf von der loyalen Redaktion einer so geachteten Zeitung, wie die Posener, wohl mit Recht erwartet werden, daß sie diesen abwehrenden Zeilen einen ebenso hervorragenden Platz in ihrem Blatte gönnen wird, als dem erfolgten Angriffe.*) Wir wollen es dem Magistrate von Lissa nicht verdenken, daß derselbe sich einen kleinen Suezkanal anlegen will; ob das Projekt aber ausführbar, d. h. ob die enormen Baukosten auch nur annähernd in einem Verhältnisse zu den erhofften Vortheilen sein würden? Das steht auf einem anderen Blatte. Wir werden näher darauf eingehen, wenn das Projekt in einer greifbareren Gestalt vor uns liegt, als dies in der an den Minister Grafen von Königsmarck gerichteten Petition des Lissaer Magistrats der Fall ist.

Der Schwerpunkt dieser Petition liegt unzweifelhaft darin, eine Wasserverbindung zwischen der Oder und Warthe herzustellen, also in erster Linie eine neue Verkehrsstraße zu schaffen.

Eine solche Angelegenheit gehört eben so wie der Bau von Eisenbahnen und Chausseen ausschließlich zu dem Ressort des Handelsministers, und wäre es dessen Sache, aus den ihm zur Disposition stehenden Fonds die Kosten der Vorarbeiten zu bewilligen, wenn die anzustellenden näheren Ermittelungen es wahrscheinlich machen, daß das Unternehmen einen Anspruch auf Lebensfähigkeit hat.

Es soll nun keineswegs bestritten werden, daß die Interessen der Landeskultur nicht auch in erheblicher Weise durch Herstellung einer neuen Wasserstraße gefördert werden; aber nur in mittelbarer Weise ist dies der Fall, durch erleichterte Zufuhr von Dungstoffen und Brennmaterial und erleichterten Absatz der Bodenprodukte.

Zu dem Ressort des landwirthschaftlichen Ministers gehört aber nur die Förderung der spezifischen Landeskulturinteressen, also namentlich Deichanlagen zum Schutze gegen Ueberschwemmungen, Ent- und Bewässerungsanlagen. Für solche Sachen hat dieser Minister Gelder zu seiner Disposition, nicht aber für die Eröffnung neuer Verkehrsstraßen.

Graf Königsmarck konnte deßhalb dem Magistrate zu Lissa auf die fr. Petition keinen anderen Bescheid ertheilen, als den angefochtenen vom 20. Februar.

Zum Schlusse wollen wir der Provinz übrigens eine Mittheilung, welche wir aus der zuverlässigsten Quelle schöpfen, und die geeignet ist in vielen Hütten der Armuth Freude und frohe Hoffnung zu erregen, nicht vorenthalten; eine Mittheilung, die schlagend zeigt, welch' warmes Interesse der jetzige Minister Graf von Königsmarck für seine alte Provinz durch Thaten an den Tag legt.

Wer mit den einschlagenden Verhältnissen genauer bekannt ist, der weiß, daß die Melioration des großen Obrabruches, welcher pp. 115,000 Morgen, also beinahe 6 □-Meilen umfaßt, hauptsächlich dadurch wirksam gemacht worden ist, daß man die großen Wassermassen des Südkanals vermittelst eines Durchstiches der Wasserscheide von Oder und Warthe in den Rudensee, von da in das Thal des Obersicko (faule Obra) und bei Tschicherzig in die Oder leitete. Hierdurch würde aber der Uebelstand hervorgerufen, daß das Obersicko-Thal, welches ohnehin schon an mangelnder Vorfluth litt, noch mehr versumpfte. Um dem abzuhelfen, wurde eine Genossenschaft zur Regulirung des Obersicko konstituirt. Es sind bis jetzt 105,000 Thlr. verbaut, wozu der Staat 90,000 Thlr. darlehnsweise — davon 35,000 Thlr. à fonds perdu — hergegeben hat. Das Werk harrt jedoch immer noch der Vollendung und sind dazu nach dem neuesten Kostenanschlage noch pp. 40,000 Thlr. erforderlich.

Die Verbandsgenossen sind unfähig, eine solche Summe aufzubringen und Hilfe thut dringend Noth. Die Regierung in Posen hat die erheblichsten Anstrengungen gemacht, um auch diese letzte Summe aus Staatsfonds zu erhalten. Es war jedoch bisher bei den beschränkten Mitteln des landwirthschaftlichen Ministerii nur schwache Hoffnung auf Erfüllung in ferner Zeit.

Der Minister Graf von Königsmarck hat nun in den letzten Tagen nicht allein mit einem Schlage die ganze Summe von 40,000 Thlr. aus dem Meliorationsfonds zinsfrei zur Verfügung gestellt, um den Kanalbau noch in diesem Jahre zu beenden, sondern auch von einer Verzinsung der bereits gegebenen Darlehne abstrahirt und nur auf eine Amortisation nach einem Plane Bedacht genommen, welcher die armen Thalbewohner in keiner Weise drückt. Wir haben deshalb allen Grund, unserem früheren Oberpräsidenten schon jetzt dankbar zu sein und hoffen, daß uns derselbe bei den vielen gegenwärtig schwebenden Meliorationen noch oftmals dazu Veranlassung geben wird.

Dn.

*) Dieses von geschätzter Hand eingesandte Schriftstück ist uns heut erst in sehr vorgerückter Zeit zugegangen, so daß wir ihm eine Stelle auf der ersten Seite nicht anweisen konnten, wenn wir es heut noch aufnehmen wollten. Diese Beschleunigung liegt sowohl im Interesse des Angegriffenen wie in dem Interesse einer Zeitung, welche sich bemüht, sachlich zu verfahren und überall ohne Tendenzmacherei und ohne Ansehen der Person die Wahrheit zu ergründen.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 7. März.

TILSNER'S HOTEL GARNI Die Rittergutsbesitzer Firnrohr a. Strenka, Arndt a. Popwia, Lieut. Fritz a. Berlin, Steuer-Inspektor Pfeiffer a. Podzamiec, Postsekr. Rau und Kantor Neumann a. Neutomischel, Stud. med. Jezewski a. Leipzig, Ingenieur Trome a. Stettin, Apotheker Schrötter a. Breslau, die Kaufl. Koryser a. Stettin, Waaner a. Hamburg, Werner a. Gnesen, Łubecki a. Klecko, Wagener a. Breslau und Lange a. Berlin.

KRUG'S HOTEL. Die Handelsleute Julius Weber a. Glogau, Aug. Weber a. Liegnitz, Gebr. Rißmann a. Schmiegel, Hierseforn mit Sohn, Gebr. Leciejewicz und Gebr. Janotte a. Neutomischel, Abraham a. Obrzycko, Wirthschaftsbeamte Strzeszefski a. Köbnitz, Gastwirth Ferd. Kaulfus, Fleischermeister Carl Cossel und Sattlermeister Goldmann a. Neutomischel, Fabrikant Matherne a. Glogau.

GASTHOF ZUR STADT LEIPZG. Die Kaufleute Heintze a. Piechanin, Wild a. St. Gallen, Fettiger a. Turwia, Wichard a. Schwyz, Werle a. Zürich, Oberförster Parrowicz a. Bendlewo, Probst Malinowski und Probsteipächter Jaskulski a. Komornik, Bürger Gebr. Degórski a. Buk, Gutsbesitzer Meyer und Wirthschafterin Frl. Richter a. Ottowo, die Kantoren M. Perzypulski a. Grodzisk, W. Hartwich a. Trzemeszno, Mühlenbesitzer J. Kaptur a. Duszno.

Für Lungenkranke.

Dr. G. M. Sporer, bezüglich der Heilwirkungen der **Johann Hoff**'schen **Malz-Chokolade** und **Malz-Bonbons** sagt:

„Als ich die Hoff'schen Malzpräparate, Bonbon und Chokolade zur Anwendung brachte — täglich 10 Bonbon und 2 Tassen Chokolade — fühlte ich **Erleichterung**, die ich früher nie empfand. **Der Husten wurde bedeutend seltener und erträglicher und meine Lunge sehr gekräftigt. Aehnliche günstige Wirkungen habe ich auch bei anderen Katarrhalkranken wahrgenommen.** Dr. G. M. Sporer, ꝛc. ꝛc."

An den Kgl. Hoflieferanten Herrn Johann Hoff, Berlin.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Frenzel & Co., Breslauerstraße 38; in **Neutomysl** Herr A. Hoffbauer; in **Bentschen** Hr. H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in **Grätz**; in **Schrimm** die Herren Cassriel & Co.; in **Schroda** Herr Fischel Baum; in **Wongrowitz** Herr Herrm. Ziegel; in **Pleschen**: L. Zberalski.

Aufkündigung von Kreis-Obligationen Buker-Kreises.

Bei der heutigen planmäßigen Verloosung von Kreis-Obligationen Buker Kreises sind folgende Stücke gezogen worden.

Litt. B. Nr. 66. 76. 93.
Litt. C Nr. 37. 74. 138. 158. 362. 397. 500. 557. 630. 730. 740. 917. 954. 962.
Litt. D. Nr. 9. 42. 206. 216. 285.
Litt E. Nr. 78. 83. 150. 153. 322. 374 545. 763. 775. 966.

Diese Kreis-Obligation werden den Inhabern zum 1. Juli d. J. hier durch mit den Aufforderung gekündigt, von diesem Tage ab Valuta bei der hiesigen Kreis-Kommunal-Kasse in Empfang zu nehmen.

Aus den vorjährigen Ausloosungen sind bis jetzt uneingelößt geblieben.

pro 1. Juli 1872.
Litt. E. Nr. 66. 459.

Neutomischel, den 3. März 1873.

Königlicher Landrath.

Handels-Register.

Die in unserm Firmen-Register unter Nr. 925 eingetragene Firma **Heimann Asch** deren Niederlassungsort Posen, ist erloschen.

Posen, den 3. März 1873.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung



Oberschlesische und Stargard-Posener Eisenbahn.

Die Einlösung der am 1. April c. fälligen Zinscoupons zu den Prioritäts-Obligationen
Litt. E. und F. der Oberschlesischen und
I., II. und III. Emission der Stargard-Posener Eisenbahn
findet statt in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

1) in **Breslau, Ratibor** und **Glogau** bei unseren Hauptkassen vom 20. März c. ab **täglich**, und
2) **vom 1. bis 15. April c.**
a. in **Berlin** bei der Kasse der Disconto-Gesellschaft,
b. in **Stettin** bei dem Bankhause S. Abel jun.,
c. in **Dresden** bei dem Bankhause Gebrüder Guttentag,
d. in **Leipzig** bei dem Bankhause Frege & Comp.,
e. in **Hannover** bei der Provinzial-Disconto-Gesellschaft Hannover, M. J. Frensdorff,
f. in **Hamburg** bei der Norddeutschen Bank,
g. in **Bremen** bei dem Bankhause J. Schultze & Wolde,
h. in **Cöln a. Rh.** bei dem A. Schaafhausen'schen Bankverein,
i. in **Frankfurt a. M.** bei dem Bankhause M. A. v. Rothschild & Söhne,
k. in **Darmstadt** bei der Bank für Handel und Industrie,
l. in **Stuttgart** bei den Herren Pflaum & Comp. und
m. in **München** bei der Bayerischen Vereinsbank.

Die Zinscoupons sind mit einem vom Präsentanten oder Besitzer unterschriebenen, nach Kategorien der Obligationen geordneten, die Stückzahl und den Geldbetrag angebenden Verzeichnisse zur Realisirung zu bringen.

Die Einlösung der bereits früher fällig gewesenen, aber noch nicht verjährten Zinscoupons erfolgt **nur** bei unserer Hauptkasse hierselbst.

Schriftwechsel und Geldsendungen finden nicht statt.

Breslau, den 24. Februar 1873.

Königl. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Bekanntmachung

Des Jacob Ciestelski'sche Grundstück Dupiewiec Nr. 3, welches in nothwendiger Subhastation am 18. März cr versteigert werden soll, hat einen Flächeninhalt von nur

13 Hekt. 95 Ar. 85 □ Mtr.

und ist mit einem Grundsteuer-Reinertrage von nur

52 Thlr. 29 Sgr. 4⁴/₅ Pf.

veranlagt.

Posen d. 3. März 1873.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.
der Subhastationsrichter
Keyl.

2000 Schock

birkene Pflanzen hat zum Verkauf die Forstverwaltung in **Babki** bei Posen.

Auktion.

Am Mittwoch, den 19. März d. J.,
Vormittags 9 Uhr,
und folgende Tage,

sollen die Waaren-Bestände der Adolph Reich'schen Concursmasse, bestehend in

Kleiderstoffen, Kurzwaaren ꝛc.

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung in dem A. Reich'schen Geschäftslokal zu Samter am Markt verkauft werden.

Samter, den 26. Februar 1873.

Der Verwalter der A. Reich'schen Concurs-Masse.
Rechtsanwalt **Steuer**.

Die hiesige Cantor und Schächterstelle ist mit den 1. Mai d. J. vacant: Bewerber wollen sich persönlich unter Beibringung ihrer Zeugnisse beim unterzeichneten Vorstand melden. Reisekosten werden nicht erstattet.

Janowiec, 8. März 1873.

Der Corporations-Vorstand.

Eckhaus-Verkauf in Bromberg.

Mein Eckhaus, vorzüglich Lage, mit Läden, lebhaftem Destillations-Fabrik-Geschäft, dazu gehöriger Einrichtung und Utensilien, gewölbter Kellerei, Gas- und Wasser-Leitung mittelst artesischen Brunnen und sonstigen Bequemlichkeiten, beabsichtige ich bei 10 Mille Anzahlung preiswerth zu verkaufen.

Das Destillations-Geschäft ist seit 19 Jahren in meinem Besitz und eignet sich dieses Grundstück der überaus vortheilhaften Lage halber zu jedem anderen Geschäfts-Betriebe.

Näheres bei mir selbst

Julius Werner.

Es wird eine Wirthschaft von 300 Morgen zu kaufen, oder ein Gut von ca. 800 Morgen zu pachten gesucht.

Gef. Offerten erbitte **P. O. 50 Wongrowiec** poste rest.

Eine Pachtung

von 1000 bis 1200 Morgen wird von einem erfahrenen Landwirth gesucht. Selbstverpächter werden gebeten, die näheren Angaben in der Expedition dieser Zeitung unter **Nr. 1778** niederlegen.

„Germania",
Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Stettin.

Grund-Kapital	Thlr. 3,000,000.
Angesammelte Reserven Ende 1871 . . .	„ 4,854,469.
Seit Eröffnung des Geschäfts bis Ende 1871 bezahlte Versicherungssummen . . .	„ 4,629,138.
Versichertes Kapital Ende Februar 1873 .	„ 58,081,582.
Jahres Einnahme an Prämien und Zinsen	„ 2,025,579.
Im Monat Februar sind eingegangen: 1459 Anträge auf	„ 972,751.
Dividende der mit Gewinn-Antheil Versicherten auf die 1871 gezahlten Prämien	**33⅓ Procent.**

Von demjenigen jährlichen Reingewinne, welchen die mit Anspruch auf Dividenden versicherten Personen und die Aktionäre unter sich theilen, erhalten jene Versicherten drei Viertheile und die Aktionäre ein Viertheil. Die dividendenberechtigten Versicherten treten in den Bezug ihrer Dividenden schon nach zwei Jahren in der Weise, daß die Dividende des ersten Jahres durch Ermäßigung der Prämie des dritten Jahres u. s. f. gewährt wird.

Prospekte und Antragsformulare gratis durch die Agenten und durch

die General-Agentur
Leopold Goldenring.

Landwirthschaftliche Mittelschule zu Brieg a./Oder.

Beginn des Sommersemesters am 21. April. Die Anstalt ertheilt den Unterricht in einer Vorschule und zwei Klassen durch acht Lehrer. Näheres durch den Direktor *F. C. Schulz.*

Sämereien,
Saatgetreide und Dungstoffe jeder Art

empfiehlt billigst

Ostdeutsche Producten-Bank.

Ein Posten feine **Saatwicke**, guter **Hafer** und ca. 1000 Scheffel **Gemenge** stehen zum Verkauf auf

Dominium Siekierki.

Fuselfreie Kornschlempe.

habe noch täglich ein bedeutendes Quantum abzugeben.

Simon Latz

Getreide-Preßhefe-Fabrik in Główno bei Posen.



„Invalidendank"



24. Behrenstrasse. BERLIN Behrenstrasse 24.

I. Abtheilung:

Annoncen-Expedition

befördert zu Originalpreisen Insertionsaufträge an alle Zeitungen des In- und Auslandes bei streng reeller Bedienung und exactester Ausführung.
Bei grösseren Aufträgen entsprechende Rabattvergütung.

II. Abtheilung:

Abonnements-Annahme

für alle Zeitungen, Zeitschriften etc. des In- und Auslandes.

III. Abtheilung:

Kostenfreier Stellennachweis

für Invalide Militärs der deutschen Armee und Marine.

Berlin 24 Behrenstr. 24.

Die Reinerträge werden statutenmässig im alleinigen Interesse der Invaliden sowie der Wittwen und Waisen gefallener oder durch Strapazen verstorbener Krieger verwendet.

Berlin 24 Behrenstr. 24.

Die Direction.

Die Schloßgärtnerei Freyhan

hält feil:
10 Schock Ahorn, 5 Schock Citisus laburnum, 2 Schock Gleditschia, 1 Schock Rhus tiphina, 4 Schock Eschen, 8 Schock Pappeln, 5 Schock Fichten, 1 Schock Kastanien.

Auf der Probstei **Radenz** bei Kozmin stehen 2 braune **Stuten**, $5\frac{1}{2}$" groß, 4 Jahr alt, fehlerfrei, bis zum 19. März c. billig zum Verkauf.

Zwei schwere 4jährige **Zugochsen** stehen zum Verkauf auf dem Dominium **Siedleczko** bei Lekno.

Boas.

Dom. Zajączkowo

bei Scharfenort verkauft

11 Stück junges Mastvieh.

Wichtig für Spiritus-Fabrikanten!

Vermittelst Druck eine ganz feine Kartoffelmaische im Vormaischbottig zu erzielen.
Die Einrichtung ist sehr vortheilhaft, billig und zu empfehlen. Zur weiteren Auskunft und Uebernahme von Aufträgen ist gern bereit

Fr. Aug. Römer
Fabrik landwirthschaftlich-technischer Apparate,
in **Cöthen** (Herzogthum Anhalt).

Verbesserter

Maisch-Destillirapparat

für continuirlichen Betrieb.

Dieser von mir construirte, seit 4 Jahren eingeführte zweitheilige Colonnen-Apparat ist das Beste, was bis jetzt aufzuweisen ist; derselbe liefert reinen 90 procentigen Spiritus, braucht wenig Wasser, bedeutende Ersparnisse an Feuermaterial und Zeit, keine Alkohol-Verdunstung an Hähnen und Ventilen, ergiebt reine Schlempe, dabei leichte Handhabung und billiger als die bisherigen Apparate.
Für Obiges übernehme vollständige Garantie und kann Herren Reflectanten von mir gefertigte, im Betrieb befindliche Apparate in Pommern, Schlesien, Sachsen und Anhalt nachweisen, um sich von der Wahrheit zu überzeugen.

Fr. Aug. Römer,
Fabrik landwirthschaftlich-technischer Apparate
in **Cöthen** (Herzog. Anhalt).

Neue kräftige Arbeitswagen stehen zum Verkauf. Warschauer-Thor Nr. 5.
J. Schneider, Schmiedemeister.

Bewährte Flechtenmittel sendet bei genauer brieflicher Mittheilung **C. A. Gabler**, Apotheker in **Arnstein** bei Würzburg.

---

1 **kl. Laden auch Wohnung** an der Friedrichstr. sogl. z. verm., Marstallstr. 1.

---

12. Breitestr. 12.

Gustav Wolff, Bier-Depot.

12. Breitestr. 12. — 12. Breitestr. 12.

12. Breitestr. 12.

Chefs d'oeuvre de toilette!

Dr. Hartung's Chinarinden-Oel, zur Conservirung und Verschönerung der Haare; in versiegelten Flaschen; à 10 Sgr.

Dr. Borchardt's aromatische Kräuter-Seife, zur Verschönerung und Verbesserung des Teints und erprobt gegen alle Hautunreinigkeiten; in Original-Päckchen; à 6 Sgr.

Professor Dr. Lindes Vegetabilische Stangen-Pomade, erhöht den Glanz und die Elasticität der Haare, und eignet sich gleichzeitig zum Festhalten der Scheitel; à $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Apotheker Sperati's Ital. Honig-Seife zeichnet sich durch ihre belebende und erhaltende Einwirkung auf die Geschmeidigkeit und Weichheit der Haut aus; à 5 und $2\frac{1}{2}$ Sgr.

Dr. Hartung's Kräuter-Pomade, zur Wiedererweckung und Belebung des Haarwuchses; in Original-Tiegeln à 10 Sgr.

Dr. Suin de Boutemard's aromat. Zahnpasta, das universellste und zuverlässigste Erhaltungs- und Reinigungsmittel der Zähne und des Zahnfleisches; à 12 und 6 Sgr.

Dr. Koch's Kräuterbonbons, in Schachteln à 10 und 5 Sgr., bewähren sich als besonders wohlthuend bei Husten, Heiserkeit, Rauheit im Halse etc.

Aecht in Posen einzig und allein zu den Originalpreisen vorräthig bei:

J. Menzel, (Carl Mattheus),

Wilhelmsstrasse, neben dem Postgebäude,

sowie auch in: **Bromberg**: Carl Schmidt, **Fraustadt**: Aug Oleemann, **Gnesen**: J. B. Lange, **Jarocin**: S. Kolowski, **Inowraclaw**: Herm. Citron, vorm. H. Senator, **Kempen**: M. Wohl, **Krotoschin**: A. E. Stok, **Lissa**: J. L. Hausen, **Mogilno**: Ewald Rudolph, **Nakel**: A. Gundlach, **Ostrowo**: Herm. Sieradzki, **Pleschen**: Th. Musielewicz, **Rawicz**: R. F. Frank, **Rogasen**: Jonas Alexander, **Samter**: W. Krüger, **Schroda**: Fischel Baum, **Schubin**: C. L. Albrecht, **Schwerin**: E. H. Cohn's Buchhandlung, **Trzemeszno**: G. Olawski, **Wittkowo**: R. A. Langiewicz, **Wollstein**: C. Isakiewicz Nachf., **Wongrowitz**: J. E. Ziemer und in **Wreschen** bei C. Winzewski.

Hamburger Speck-Bücklinge

empfingen

W. F. Meyer & Co.

Zu der am 5. April 1873 stattfindenden

Kölner Pferde- u. Equipagen-Lotterie

sind Loose à 1 Thlr. in der Exped. der Posener Zeitung zu haben.

Braunschweiger Serien-Loose. Gewinnziehung am 31. März 1873. 1 à 100,000 Thlr., 1 à 6000 Thlr., 1 à 2000 Thlr., 1 à 800 Thlr. 21 à 150 Thlr., 24 à 25 Thlr., 400 à 21 Thlr. — 450 Gewinne bei 450 Obligat. Original-Stücke dieser Serien-Loose offerirt bis 15. März à 250 Thlr., später 300 Thlr.

Carl Milch, Linienstr. 137, Berlin. (250.)

Ein Kohlenplatz m. Comtoir ist bald zu verm. Näh. bei **E. Drange**, Friedrichsstr. 26.

Zur weiteren Ausdehnung eines im Betriebe stehenden lukrat. Fabrikgesch. das 40—50 pCt. abw., w. e. **Associé** (Kaufm.), welcher mind. ab. 1500 bis 2000 Thlr. verf. kann, gesucht. Geneigte Offerten unter **F. S. Nr. 9** befördert die Exped. d. Bl.

Ein Färbergehilfe,

welcher in der Schönfärberei u. Druckerei guten Bescheid weiß, kann dauernd gute Stellung erhalten bei

A. Sieburg
in Posen.

Ein Portier

findet Unterkommen im Hotel du Nord.

Ein Sohn rechtlicher Eltern, mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen, kann sofort oder zum 1. April c. in meinem Geschäft eintreten.

Emil Petrich
in Rogasen.

Verein junger Kaufleute.

Sonnabend, den 8. d. M., Abends 8 Uhr, im Stern'schen Saale Vortrag des Herrn Dr. Julius Lessing, Dozent an der königl. Gewerbe-Akademie zu Berlin, über:

Kunst und Gewerbe.

Billets hierzu für Herren und Damen verabfolgt unser Kassirer Herr **W. Brandt**, gegen Vorzeigung der Mitgliedkarte.
Hiesige Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Der Vorstand.

Allgemeiner Männer-Gesangverein.



Das **Carnevals-Fest für Herren** am 8. März cr. im **Volksgarten-Saal** findet ohne feste Tafel statt; es wird **à la carte** gespeist.
Die Einführung v. Gästen ist gestattet.

Der Vorstand.

Loose der Deutschen Lotterie

zur Gründung der Friedrich-Wilhelm-Stiftung, sind, à 1 Thlr., in der **Exped. der Posener Zeitung** zu haben. **Ziehung 4. Juni c.**

In unserem **Colonial-Waaren-Geschäft** ist die Stelle eines **Expedienten**, der deutsch und polnisch sprechen muß, entweder sofort oder am 1. April c. zu besetzen.

Gebr. Andersch.

In meinem Tuch-, Manufaktur- u. Garde oben-Geschäft findet ein, mit den nöthigen Schulkenntnissen versehener tüchtiger

Lehrling,

sich während der Lehrzeit Bekleidung gewährt, sofort Stellung.

D. Davidsohn,
Gnesen.

Ein

Wirthschaftsinspektor,

welcher seine 18jährige Thätigkeit als Landwirth durch beste Zeugnisse im Zusammenhange dokumentiren kann, deutsch und polnisch spricht, der Correspondenz und Rechnungsführung vollkommen mächtig, auch Empfehlungen seiner Landwirthe besitzt, sucht Jan. a. c. eine selbstständige Stellung. Gef. Offerten sub P. 8 **Jordan per Schwiebus** poste rest.

Ein verheiratheter deutscher Wirthschaftsbeamter, der polnischen Sprache mächtig, welchem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, mit allen Branchen der Landwirthschaft vertraut, seit zwölf Jahren größere Güter selbstständig und zum größten Erfolge bewirthschaftet, sucht zum 1. Juli dieses Jahres, da er wegen Verkauf der Güter seine jetzige Stellung aufgiebt als Administrator oder selbstständiger Inspektor auf ein oder mehrere Güter anderweitige Stellung.
Adresse O. P. poste restante Gnesen.

Ein im Polizei- und Steuerfach routinirter, beider Landessprachen mächtiger **Bureaugehilfe** sucht e. Engagement. Gefl. Off. poste rest. Mieskow P. P.

Ein in seinem Fache durchaus bewährter

Brauermeister

(Böhme), der nach böhmischen und baierischen Art, feines Exportbier erzielt, mehrere Jahre mit bestem Erfolge die selbstständige Leitung einer größeren Brauerei führt, und als gediegen tüchtig empfohlen werden kann, wünscht seine Stellung zu verändern. Gefällige Offerten unter Chiffre B. 10322 befördert die Annoncen-Expedition v. **G. L. Daube & Co.** Breslau Ring, Riemerzeile 18.

Grosses Extra Künstler-Concert.

Sonntag, den 9. März cr.
findet hierselbst im

Bazar-Saale

Ein großes Extra-Concert

der k. k. österr. Künstler-Kapelle, unter Direction des Herrn **Ferd. Matuschek**, statt. Die 30 Mann starke, auf einer Kunstreise von Berlin nach Petersburg begriffene Kapelle besteht aus den berühmtesten Virtuosen verschiedener k. k. österr. Kapellen und erfreut sich der Mitwirkung des berühmten, im Prager Musik-Institut absolvirten blinden Flöten-Virtuosen

Herrn Franz Pilat,
sowie des Sopranflügelhorn-Virtuosen
Herrn Joh. Marouschek.

Die Kapelle trat bereits mit anerkannt großem Erfolge in Leipzig, Dresden und Berlin auf.

Programm:

Erster Theil.

1) Ouverture aus dem Characterbild. Das Mädchen von der Spule, von Müller.
2) Duett für Flügelhorn und Euphonion aus der Oper Masnadieri von Verdi, vorgetragen von Herrn Johan Marouschek und Herrn Franz Wancura.
3) Air Varié, für die Flöte, componirt und ausgeführt für Concerte zu Wien von K Drouet, vorgetragen von Herrn **Franz Pilat.**
4) Potpourri, in Form einer Fantasie aus der Op. Troubadour v. Verdi.

Zweiter Theil.

5) Romanze, mit Variationen für Flügelhorn aus der Oper: Die Puritaner, von Bellini, vorgetragen von Herrn **Johann Marouschek.**
6) Feuilleton du Flutist, Sammlung von ausgezeichneten Piecen für die Flöte von Remusat, vorgetragen von Herrn **Franz Pilat.**
7) Rosza bubor Czardas von Vörös.
8) Die Rundschau. Grosses Marsch-Potpourri, von F. W. Swoboda.

Anfang des Concerts Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr.

Die Künstler erscheinen in ihrer neuen Gold-Gala-Uniform.
Billets zu nummerirten **Sitzplätzen** à **15 Sgr.**, **Stehplätze** à **10 Sgr.** sind nur zu haben in der **Hof. Buch- und Musikalienhandlung** von

Ed. Bote & G. Bock.

Kassenpreis: Sitzplatz 20 Sgr. Stehplatz 15 Sgr.
Wegen anderweitig bereits eingegangener Verpflichtungen der Künstler-Kapelle können bestimmt **nur** ein Concert stattfinden.

Ein in der Forst- und Landwirthschaft erfahrener **Landwirth**, gegenwärtig auf einem Gute als **Wirthschafter**, verheirathet, ohne Familie, der deutschen und polnischen Sprache mächtig und mit guten Zeugnissen versehen, **sucht** zum sofortigen Antritt oder vom Johanni cr. Stellung hier oder in Posen als Forstbeamter. Gef. Off. werden erbeten unter Chiffre **N. H.** p. rest. Inowraclaw.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter **Esther** mit Herrn **Gotthard Calvary** aus Posen beehren wir uns unseren Freunden und Bekannten **statt jeder besonderen Mittheilung** ergebenst anzuzeigen.
Berlin, 5. März 1873.
Dr. **J. Hildesheimer** u. Frau.

Esther Hildesheimer
Gotthard Calvary
Verlobte.
Berlin. Posen.

Am 5. d. Mts. entschlief sanft nach längeren Leiden der Königl. preußische Hauptmann

Friedrich Wedding

aus Birnbaum. Das Begräbniß findet Sonnabend um 4 Uhr von der Leichenhalle des alten Jacobi-Kirchhofs aus statt.
Bergrath **Dr. Wedding** und Frau.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 9. März, Vormittags 10 Uhr: Herr Superintendent Klette. — Nachmittags 2 Uhr: Herr Prediger Büttner.
Freitag den 14. März, Abends 6 Uhr, dritter Passions-Gottesdienst: Herr Prediger Büttner.

Petrikirche. Sonntag den 9. März, früh 10 Uhr, Predigt: Herr Konsist.-Rath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Diakonus Goebel.
Mittwoch den 12. März, Abends 6 Uhr, Passions-Predigt: Herr Diakonus Goebel.

St. Pauli-Kirche. Sonntag den 9. März, Vormittags 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Konsistorial-Rath Reichard. — Vormittags 10 Uhr, Predigt: Herr Pastor Schlecht. — Abends 6 Uhr: Herr Konsistorial-Rath Reichard.
Freitag den 14. März, Abends 6 Uhr, Passions-Gottesdienst: Herr Konsistorial-Rath Reichard.

Garnisonkirche. Sonntag den 9. März, Vormittags 10 Uhr: Herr Div.-Pfarrer Dr. Steinwender (Abendmahl). — Vormittags 11 Uhr: Herr Militair-Oberpfarrer Händler.
Dienstag den 11. März, Nachmittags 5 Uhr, 3. Passions-Andacht: Herr Div.-Pfarrer Dr. Steinwender.

Ev.-luth. Gemeinde. Sonntag den 9. März, Vormittags $9\frac{1}{2}$ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter. — Nachm. 3 Uhr: Derselbe.
Mittwoch den 12. März, Abends 7 Uhr, Passions-Andacht: Herr Pastor Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 28. Februar bis 6. März:
getauft: 8 männl., 11 weibl. Pers.,
gestorben: 4 männl., 7 weibl. Pers.,
getraut: 5 Paar.

Im Tempel der israelitischen Brüdergemeinde. Sonnabend den 8. März, Vormittags $9\frac{1}{2}$ Uhr: Gottesdienst und Predigt.

Volksgarten-Theater.

Heute Freitag: Vorstellung (**Ohne Tabakrauch**) **Die Insel Tulipatan**. Komische Operette in 1 Akt. Vorher zum ersten Male: **Der Weg durch's Fenster** 2c. 2c.

Morgen Abend

Eisbeine

bei **L. Greybowski**,
Breslauerstr. 10.

Stadt-Theater.

Freitag, den 7. März, zum Benefiz für Herrn **Edmund Glomme**: **Tannhäuser**, oder: **Der Sängerkrieg auf der Wartburg**. Große romantische Oper in 3 Akten von **Richard Wagner**. (**Das Musikchor ist bedeutend verstärkt**).
Sonntag, den 9. März zum Benefiz für Herrn Kapellmeister **Bernhard Raekler**: **Tannhäuser**, oder: **Der Sängerkrieg auf der Wartburg**. Große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. (Das Musikchor ist bedeutend verstärkt).
Montag, den 10. März: auf allseitiges Verlangen zum dritten Male: **Fernande**. 5 Akten und Sittenbild in 4 Akten von Victorien Sardou, deutsch von Eduard Mautner.
In Vorbereitung: **Der Alpenkönig und der Menschenfeind**. Romantisch-komisches Zauberspiel mit Gesang in 3 Akten und 8 Bildern von Ferdinand Raimund. (Benefiz für Herrn **Kubalt**.) — **Die Loreley**. (Benefiz für Frau Franke.)
Loreley — Frau Borchert.
Jochen — Herr Glomme.

Saison-Theater.

Sonnabend, den 8. März: **Zweite** große Kinder Vorstellung. Logen- und Sperrsitz $7\frac{1}{2}$ Sgr., Kinder à 3 Sgr. Balkon $2\frac{1}{2}$ Sgr. Gallerie $1\frac{1}{2}$ Sgr.
Zum zweiten Male: **Lieschen Wildermuth**. Lustspiel in 4 Aufzügen von A. Schröter. — **Ausreden lassen**. Lustspiel in einem Aufzuge von Roderich Benedix.

Die **Wahrsagerin** ist nur noch bis Sonnabend den 8. d. M. im schwarzen Adler, Gr. Gerberstr. 8/9, 2 Tr., Zimmer Nr. 15.

Gesellschafts-Salon

Sonnabend, den 8. März **großer Masken-Ball** als Paris.
Joksch, Tanzmeister.

Börsen-Telegramme.

Börse zu Posen

am 7. März 1873.

Fonds. Posener 3½% Pfandbriefe 95 G., do. 4% neue do. 91⅞ bz., do. Rentenbr. 94 bz., do. Provinz.-Bankaktien 111½ G, do 5proz. Provinz.-Oblig. 100⅞ bz., do. 5% Kreis-Obligationen 100⅞ bz., do. 5% Obra-Meliorat.-Oblig. 100½ G., do. 4½% Kreis-Oblig. 93 B, do 4% Stadtobl II. Em. 90½ G., do. 5% Stadt-Oblig. 100½ bz, preuß. 3½prozentg. Staatsschuldsch. 91⅞ bz., preuß. 4proz Staatsanl. 96⅞ G., 4½-proz. freiw do. 104½ G, do. 3½proz Präm.-Anl. 127½ B, Nordd. Bundesanl. —, Märk.-Posener Eisenb.-Stamm-Aktien 59⅞ bz., russische Banknoten 82⅞ bz. ausländische do. 99⅞ G. Tellus Aktien (Brinski, Chlapowski, Plater & Co.) 112½ G., Ostd Bank 102½-¼ bz., Ostd. Produkt.-Bank 88 G., Provz.-Wechs.- u. Diskt.-Bank 99½-⅞ bz, Aktien Kwilecki, Potocki & Co. 92 B., poln. 4proz. Liquidationsbriefe 65⅞ B.

Privat-Cours-Bericht.

Posen, 7. März. **Tendenz:** Sehr fest.

Deutsche Fonds

Posen. 3½proz. Pfandbr.	93	B
dito 4proz. Pfandbr.	91½	G
dito 4proz. Rentenbr.	93½	G
dito 5proz. Prov.-Obl.	100½	bz
dito 5proz. Kreis-Obl.	100	G
dito 4½proz. Kreis-Obl.	92	B
dito 4proz. Stadtoblg.	88½	G
dito 5proz. Stadtobl.	100	bz
Nordd. Bundesanl.	—	—
Preuß. 4½proz. Konsols	104½	G
dito 4proz. Anleihe	—	—
dito 3½proz. Staatssch.	91	G
Köln-Mind. 3½pr. Pr.-S.	—	—

Ausländische Fonds.

Amer. 6proz. 1882 Bonds	96½	G
dito dito 1885 Bonds	—	—
Oesterr. Papier-Rente	—	—
dito Silberrente	68½	G
dito Loose von 1860	97½	G
Italienische Rente	64½	G
Russisch-engl. 1870er Anl.	—	—
dito dito 1871er Anl.	—	—
Ruff. Bodenkredit-Pfbr.	91	G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	—	—
Türk. 1865 5proz. Anl.	53½	G
dito 1869 6proz. Anl.	65	B
Türkische Loose	175	B
Russische Noten	82½	G
Oesterreichische Noten	—	—

Bank-Aktien.

Berliner Bankverein	158	G
dito Bank	121½	G
dito Produkten-Handbk.	—	—
dito Wechsler-Bank	69½	G
Breslauer Diskontobank	123½	G
Berliner Disk.-Kommd.	—	—
Central-Genoss.-Bank	137	G
Deutsch. Hyp.-Bk. Berlin	—	—
Centralb. f. Ind. u. Hand	—	—
Kwilecki, Bank f. Ldw.	91	B
Meininger Kreditbank	—	
Oesterr. Kredit	208½	G
Ostdeutsche Bank	101½-¼	bz G
Ostd. Produktenbank	—	—
Pos. Pr. Wechsl. Disk.-B	99½	bz G
Pos. Provinzial-Bank	112	G
Pos. Bau-Bank	—	—
Schles. Bankverein	164½	G
Tellus-Aktien	—	—
Preuß. Kredit	142½	G
dito Bodenkredit	182	G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	—	—
Bergisch-Märkische	—	—
Berlin-Görlitzer St.-A.	115½	G
Böhmische Westbahn	—	—
Brest-Grajewo	—	—
Crefeld, Kr. Kemp. 6pr.	92½	G
Köln-Mindener	166½	G
Galizier (Carl-Ludwb.)	—	—
Halle-Soran-Guben	64½	G
dito Stammprior.	—	—
Hannover-Altenbecken	—	—
Kronprinz-Rudolphsb.	—	—
Lüttich-Limburg	—	—
Märkisch-Pos. St.-Akt.	59½	bz
dito Stamm-Prior.	81½	B
Magd.-Halberst. 3½pr. B.	—	—
Oestr.-Franz. Staatsb.	205½	bz G
Oesterr. Südb. (Lomb.)	114½-¼	bz B
ultimo	—	—
Ostpreuß. Südbahn		—
Rechte Oderuferbahn	—	—
Reichenberg-Pardubitz	—	—
Rhein-Nahe	46½	G
Schweizer Union	28½	G
dito Westbahn	57½	G
Stargard-Posen	—	—
Rumänische	45½	bz G
Berlin-Dresden Stamm	—	—

Industrie-Aktien.

Marienhütte	134½	G
Redenhütte	—	—
Berl. Holzkomptoir	115½	B
Berl. Viehhof	—	—
Hoffmann Waggonfabr.	—	—
Lauchhammer	116½	G
Pos. Bierbrauerei	100	G
Laurahütte	—	—

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** (per 20 Centner). Kündigungspreis 54. pr März 54, März-April —, Frühjahr 54, April-Mai 54½ Mai-Juni 54½, Juni-Juli 54½.

Spiritus [mit Faß] (per 100 Liter = 10,000 pCt. Tralles). Kündigungspreis 17 5/12. pr. März 17 5/12, April 17 11/24 Mai 18, Juni 18½, Juli 18½, August 18⅔.

[Privatbericht.] **Wetter:** schön. **Roggen** (pr. 1000 Kilogr.) fest. Kündigungspreis 54. pr. März 54 G., Frühjahr 54 G, April-Mai do., Mai Juni do.

Spiritus (pr. 10,000 Liter pCt.) unverändert. Kündigungspreis 17 5/12. Gekündigt 20 000 Liter. per März 17 5/12 G., April 17 11/24 bz. u. B., April-Mai 17 11/12 bz. u. B., Mai 18 G., Juni 18½ bz u B., Juli 18½ bz. u. B., August 18⅔ bz. u. B.

Posener Marktbericht vom 7. März 1873.

		Preis. Höchster Thl.	Sgr	Pf	Mittlerer Thl.	Sgr	Pf	Niedrigster Thl.	Sgr	Pf
Weizen fein,	per 42 Kilogr.	3	16	3	3	13	9	3	8	9
„ mittel	„ „	3	4	—	3	2	6	3	—	—
„ ordinär	„ „	2	28	9	2	27	6	2	25	—
Roggen, fein	40 „	2	6	—	2	5	—	2	4	6
„ mittel	„ „	2	4	—	2	2	6	2	3	—
„ ordinär	„ „	2	2	6	2	2	—	2	1	3
Große Gerste	37 „	1	27	6	1	22	6	1	20	—
Kleine „	„ „	1	26	3	1	22	6	1	20	—
Hafer	25 „	1	7	6	1	4	—	1	2	—
Kocherbsen	45 „	2	2	6	2	1	6	2	—	—
Futtererbsen	„ „	1	27	6	1	26	3	1	25	—
Winter-Rübsen	37 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Raps	„ „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sommer-Rübsen	„ „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Raps	„ „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	35 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	50 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wicken	45 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lupinen, gelbe	45 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ blaue	„ „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rother Klee	50 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißer	„ „	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Posener Privat-Marktbericht vom 7. März 1873.

Weizen: matt.	p. 1050 Kil.	feiner	88—93 Thlr.
		mittel	80—83 „
		ordinär und defekt	70—75 „
Roggen: matter.	p. 1000	feiner	56—57 „
		mittel	54—55 „
		ordinär	50—52 „
Gerste: ohne Umsatz.	p. 925	feine	45—46 „
		mittel und ordinär	42—44 „
Leinsaamen: preishaltend.	p. 925		3 1/12—3¼ „
Hafer: fester.	p. 625	feiner	27½—28½ „
		mittel und defekt	24—26 „
Erbsen: matter.	p. 1125	Koch-	53—54 „
		Futter-	47—49 „
Oelsaaten:	p. 1000	Raps	
		Rübsen	
Wicken: gefragt.	p. 1125		42—45 „
Klee: beachtet.	p. 50	roth	13—15 „
		weiß	15—20 „
Buchweizen: niedriger.	p. 875		45—48 „
Lupinen: matter.		blaue	27—30 „
		gelbe	30—33 „

feinste Waare über Notiz.

Breslau, 6. März. Die Börse eröffnete in Folge der ungünstigen auswärtigen Notirungen in matter Haltung. Im Laufe des Geschäfts befestigte sich die Stimmung und die Umsätze erreichten bei vielfachen kleineren Schwankungen größere Ausdehnung. Der Schluß war in Folge berliner Kurse wieder matt. Oesterr. Kredit 208½ a ½ a ¼ bz Lombarden 114 a ½ a 114 bz. u. Br. Franzosen zu herabgesetzten Kursen beliebt. Banken ziemlich lebhaft, verloren ca. 1 pCt. durchschnittlich im Kurse durch große Realisationsverkäufe. Eisenbahnen unverändert. Fonds sehr fest. Industrie-Effekten lebhaft Vorwärtshütte, welche heut zum ersten Male offiziell notirt wurden, nachdem in den letzten Wochen schon lebhafte Umsätze darin stattgefunden, wurden in Posten 121 a 119½ gehandelt Laura stark schwankend, schließen 265. Eisenbahn-Bedarf 164½. Schles. Kohlenwerke 124 Baubank 112 Gd Immobilien unverändert. Nachbörse still bei fest behaupteten Kursen. Geld wenig flüssig. Prämien angeboten ohne Umsatz. Schles. Bod.-Kred.-Pfandb. 97½ bez. Schles. Boden-Kred.-Aktien-Bank 106 Br.

Produkten-Börse.

Berlin, 6. März. Die Marktpreise des Kartoffel-Spiritus per 10,000% (pr. 100 L. à 100%) nach Tralles, frei hier ins Haus geliefert, waren auf hiesigem Platze am

28. Februar	17 Rt. 25 Sgr.	bz. ohne Faß
1. „	17 Rt. 25 Sgr.	
3. „	18 Rt. — Sgr.	
4. „	18 Rt 1 Sgr. — 18 Rt	
5. „	18—18 Rt. 1 Sgr.	
6. „	18 Rt. 3 Sgr.	

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

Magdeburg, 5. März. Weizen 77—81 Rt., Roggen 58—61 Rt., Gerste 54—76 Rt., Hafer 44—49 Rt. für 2000 Pfd. (B. u. Hdls.-Z.)

Königsberg, 5. März. (Amtlicher Produktenbericht. In Quantitäten pro Tonne von 2000 Pfd. Zollgewicht.) — Weizen loko unvä., hochbunter 83—88 Rt. B., bunter 75—83 Rt. B., rother 75—82 Rt. B. — Roggen unverändert, loko inländischer 47—52 Rt. B. loko russischer 45—50 B., pro Frühj. 49½ B, 48¾ G., Mai-Juni 49½ B., 48¾ G. — Gerste matt, loko große 42—52 Rt. B., kleine 42—50 B. — Hafer flau loko 33—40 Rt. B., pr. Frühj. 40 B., 39 G. — Erbsen flau, loko weiße 43—46 Rt B., graue 42—60 B., grüne 42—48 B. — Bohnen loko 40—46 Rt B. — Wicken loko 20—40 Rt. B. — Leinsaat flau o. Kfl., loko feine 78—90 Rt. B., mittel 65—78 Rt. B., ordin. 45—65 Rt. B. — Rübsaat loko pro 200 Pfd. 90—100 Rt. B. — Kleesaat schwer verkäuflich loko rothe pro 200 Pfd. — Rt. B., weiße — B. — Thymotheum loko pro 200 Pfd 18—23 Rt. B — Rüböl loko pro 100 Pfd. ohne Faß 11½ Rt. B. — Leinöl loko pro 100 Pfd. ohne Faß 12½ Rt. B. — Rübkuchen pro 100 Pfd 2½—2¾ Rt. B. — Leinkuchen pro 100 Pfd. 2½—2⅔ Rt. B.

Spiritus-Bericht. Spiritus loko ohne Faß per 100 Litres pro 100 pCt. Tralles und in Posten von mindestens 5000 Litres loko ohne Faß 18¼ Rt. B., 18⅛ G. (K. H. Z.)

Breslau. [Amtlicher Produkten-Preisbericht vom 6 März.] Kleesaat rothe, flau, ordinär 10—11½, mittle 12—13, fein 13½—14½, hochfein 15—16¾ Rt. — Kleesaat, weiße, ruhig ordinär 10—12, mittel 13—15, fein 16—18, hochfein 19—20½ Rt. — Roggen (p. 1000 Kilo) still, pr. März 56¾ B., April-Mai 56⅝ bz. u. B, Mai-Juni 56 bz., Juni-Juli 55¾ B., Sept.-Okt. 52¾ B. — Weizen per 1000 Kilo per März 85 B. — Gerste per 1000 Kil per März 52 G. — Hafer per 1000 Kilo per März 42½ G., April-Mai 43½ B. — Raps per 1000 Kilo per März 98 B., Sept.-Okt. 93 B, 96 G — Rübsen pr. Sept.-Okt. 95 B., 93 G. — Rüböl höher, per 100 Kilogr. loko 22½ B., pr. März 22 B, neue Usance 22¾ B., April-Mai 21⅞—⅞ 22 1/12—⅛—22 bz., neue Usance 22¾ B. Mai-Juni 23 B., Sept.-Okt neue Usance 22⅝ B. — Spiritus wenig verändert, pe 100 Liter loko 17¾ B, ½ G., per März 17¾ G. April-Mai 18 bz. u. B., 17 11/12 G. — Zink fest.

Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 6 März (Landmarkt.)

In Thlr., Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deput.	feine Thl.	Sgr	Pf	mittle Thl.	Sgr	Pf	ord. Waare Thl.	Sgr	Pf
Weizen w.	8	24	—	8	2	—	6	20	—
do. g.	8	8	—	7	24	—	6	18	—
Roggen	6	—	—	5	24	—	5	11	—
Gerste	5	12	—	5	6	—	4	24	—
Hafer neu	4	13	—	4	7	—	4	5	—
Erbsen	5	10	—	4	25	—	4	15	—

Per 100 Kilogramm

Festsetzg. der Handelsk.-Kommission	feine Thl.	Sgr	Pf	mittle Thl.	Sgr	Pf	ord. Waare Thl.	Sgr	Pf
Raps	9	20	—	9	5		8	15	—
Winterrübsen	8	20		8	5	—	7	10	—
Sommerrübsen	8	20	—	7	20	—	6	20	—
Dotter	8	12	6	7	20	—	6	25	—
Schlaglein	9	—	—	8	15	—	7	15	—

(Brsl Hdls.-Bl.)

Bromberg, 6. März Wetter: schön. Morgens 0° +, Mittags 2° +. — Weizen: 125—128pfd. 78—80 Thlr., 129—131pfd. 81—83 Thl. pr. 1000 Kilogramm. — Roggen 118—120pfd. 50—51 Thlr. pr. 1000 Kilogramm. — Erbsen nach Qual. 42, 43, 44 Thlr. pr. 1000 Kilogr. — Spiritus 17½ Thlr. pr. 100 Liter à 100%. (Bromb. Ztg.)

Preis-Courant

pro 100 Pfund

der Mühlen-Administration zu Bromberg

vom 15. Februar 1873.

Benennung der Fabrikate.	Unversteuert, Thl.	Sgr	Versteuert, Thl.	Sgr	Benennung der Fabrikate.	Unversteuert, Thl.	Sgr	Versteuert, Thl.	Sgr
Weizen-Mehl Nr. 1.	6	10	7	1	Futter-Mehl	2	—	2	—
„ „ „ 2.	5	26	6	27	Kleie	1	24	1	24
„ „ „ 3.	3	20	—	—	Graupe Nr. 1.	8	10	8	23
Futter-Mehl	2		2	—	„ „ 3.	6	16	6	29
Kleie	1	12	1	12	„ „ 5.	4	22	5	5
Roggen-Mehl Nr. 1.	4	10	4	17	Grütze Nr. 1.	5	4	5	17
„ „ „ 2.	3	26	4	3	„ „ 2.	4	20	5	3
„ „ „ 3.	2	8	—	—	Koch-Mehl	2	26	—	—
Gemengt-Mehl (hsb.)	3	22	3	29	Futter-Mehl	1	22	1	22
Schrot	3	—	3	5					

Neueste Depeschen.

Solothurn, 7. März. Die katholischen Geistlichen, welche binnen acht Tagen ihre Unterwerfung unter die Kantonalregierung anzeigen sollten, erklären der Regierung, daß sie wegen ihres Ausspruchs nur Lachat anzuerkennen und seine Erlasse fernerweit zu verkünden, sich nicht weiter verantworten wollen.

Konstantinopel, 7. März. Das Bureau Havas-Reuter erfährt: Der Sultan beabsichtigt, das Großvezierat aufzuheben und an seiner Statt einen Kabinetschef zu kreiren, die Ministerverantwortlichkeit einzuführen und sich in beständigen direkten Verkehr mit allen Ministern zu setzen.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.